



Bundesamt
für Bauwesen und
Raumordnung

MORO-Informationen 1/2

Innovative Projekte zur Regional- entwicklung

Ein MORO-Forschungsfeld



Modellvorhaben der Raumordnung (MORO) ist ein Forschungsprogramm des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (BMVBS) und des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung (BBR)

Innovationen durch Modellvorhaben

Modellvorhaben

– damit verbinden sich Experimentierfreude und aktionsorientierte Forschung. Genauso wichtig sind gute Beispiele, die zum Nachahmen anregen. Modellvorhaben bieten die Gelegenheit, planerisches Handeln aus den Alltagsroutinen herauszulösen. So können innovative Lösungen eingeleitet und eingefahrene Verhaltensmechanismen und Denkmuster in Entscheidungsverfahren überwunden werden.

Sehr geehrte Leserin,
sehr geehrter Leser,

„Work in progress“ – für dieses Konzept stehen die Modellvorhaben der Raumordnung (MORO) und auch die MORO-Informationen. In den ersten MORO-Informationen 1/1 zum neuen Forschungsfeld „Innovative Projekte zur Regionalentwicklung“ haben sich dessen Modellvorhaben mit ihren angestrebten Zielen und geplanten Aktivitäten vorgestellt. Die vorliegende zweite Ausgabe berichtet über erste Ergebnisse ausgewählter Vorhaben.

Die Modellvorhaben sollen übertragbare Lösungsansätze für zwei aktuelle raumordnungspolitische Herausforderungen erarbeiten:

- **Nachhaltige Siedlungsentwicklung:** Anliegen ist hier die Entwicklung von Konzepten und Instrumenten der räumlichen Planung für eine nachhaltige, insbesondere flächensparende Siedlungsentwicklung.
- **Infrastruktur und demographischer Wandel:** Hier geht es um neue Konzepte und Instrumente zur Sicherung und Weiterentwicklung der öffentlichen Daseinsvorsorge unter den Bedingungen des demographischen Wandels.

Die Aktualität des Leitthemas der Modellvorhaben – „Umstrukturierung statt Zuwachs“ – wurde auf der 1. MORO-Fachtagung am 23. November 2004 in Göttingen, deren Gastgeber die Modellregion „Regionalverband Südniedersachsen e.V.“ war, eindrücklich bestätigt.

Die sechs Modellvorhaben, die Ende 2003 gestartet sind, haben erste innovative Lösungsansätze entwickelt. In jeweils zwei Werkstätten je Themenschwerpunkt fand ein intensiver Erfahrungsaustausch statt – auch mit den weiteren sieben Modellvorhaben, die Ende 2004 ihre Arbeit aufgenommen haben. Im Themenschwerpunkt „Nachhaltige Siedlungsentwicklung“ wurden zudem zwei assoziierte Modellvorhaben in die „MORO-Projektfamilie“ mit aufgenommen: „Arbeitsgemeinschaft 'nachhaltige Siedlungsentwicklung' des Großraumes München“ und „Regionaler Gewerbeflächenpool Neckar-Alb“. Beide tragen sicherlich zur Bereicherung des Erfahrungsaustauschs bei.

Nach den bisherigen Erfahrungen und Erkenntnissen aus den Modellvorhaben gewinnt die **Region als Handlungsebene** an Bedeutung. Auf der regionalen Ebene kann noch unmittelbar an das Verantwortungsgefühl appelliert werden, ohne in allgemeine Diskussionen über gesellschaftliche Verantwortung einzusteigen.

Die Region wird zukünftig die Ebene sein, auf der sich die **Anpassung und Weiterentwicklung der Infrastruktur** unter den Bedingungen des demographischen Wandels abspielen wird: von integrierten, interkommunalen Konzepten bis hin zu „Verteilungskämpfen“ um künftige Standorte von weniger werdenden Infrastruktureinrichtungen.

Die **Formulierung flächenpolitischer Mengenziele** muss räumlich differenziert erfolgen, da gleichlautende Zielaussagen für alle Gemeinden einer Re-

gion der Flächensituation vor Ort nicht gerecht werden und einer zielgenauen Steuerung entgegenlaufen. Das Verhältnis 3:1 von Innen- zu Außenentwicklung dürfte nur für die Region insgesamt erreichbar sein.

Bereits ankündigen möchte ich auch die **2. MORO-Fachtagung**. Sie wird am **29. November 2005 in Erfurt zum Thema „Infrastruktur mit Zukunft“** stattfinden. Hinweise dazu finden Sie im Kapitel „Ausblick“. Zudem bereiten BMVBW und BBR zurzeit ein neues Modellvorhaben der Raumordnung „Regionalplanerische Handlungsansätze zur Gewährleistung der öffentlichen Daseinsvorsorge“ vor. Damit greifen sie Beschlüsse der MKRO auf.



Ich hoffe, die MORO-Informationen sind so einladend, wie das Café MORO, das wir zufällig bei der letzten MORO-Werkstatt „Nachhaltige Siedlungsentwicklung“ in Mannheim entdeckt haben. Jedenfalls sind Sie weiter herzlich eingeladen, am Informations- und Erfahrungsaustausch teilzunehmen.

Ihr

Dr. Hans-Peter Gatzweiler

Ausgabe
Nr. 1/2 – 06/2005

Themenfeld 1

4 **Stand der Dinge: Nachhaltige Siedlungsentwicklung**

Gastbeiträge

- 6 Arbeitsgemeinschaft Siedlungsentwicklung des Großraumes München
- 8 Regionaler Gewerbeflächenpool Neckar-Alb

Vor Ort: Erste Ergebnisse

- 10 Neue Wege für den Lebens- und Wirtschaftsraum Rendsburg

Themenfeld 2

12 **Stand der Dinge: Infrastruktur und demographischer Wandel**

Vor Ort: Erste Ergebnisse

- 14 Auf dem Weg zu einer kinderfreundlichen Region (Heilbronn-Franken)
- 16 Gestaltung des Generationenwandels (Süd-niedersachsen)
- 18 Zukunft der Senioren im Blick (Neumarkt)
- 20 Potenzialanalyse als Grundlage zukünftiger Handlungserfordernisse (Lommatzsch-er Pflege)

22 **Ausblick**

24 **Impressum**

Nachhaltige Siedlungs- entwicklung

Begleitforschung

Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung
Deichmanns Aue 31 – 37
53179 Bonn

Ansprechpartner im BBR

Eckhard Bergmann
018 88 – 401 23 40

eckhard.bergmann@bbr.bund.de

Klaus Einig
01888 – 401 23 03

klaus.einig@bbr.bund.de

Die **flächenpolitischen Ziele der Bundesregierung** im Rahmen der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie stehen im Mittelpunkt der Modellvorhaben zur nachhaltigen Siedlungsentwicklung – insbesondere die Reduzierung des Siedlungs- und Verkehrsflächenzuwachses von derzeit knapp über 100 ha auf 30 ha pro Tag bis zum Jahr 2020 sowie die Durchsetzung des Vorrangs der Innen- vor der Außenentwicklung im Verhältnis 3:1. Diese Ziele sind anspruchsvoll. Insbesondere die Setzung von regionalisierten Mengenzielen findet in der Landes- und Regionalpolitik bisher wenig Zustimmung. Auch in den Modellregionen sind bisher keine Aktivitäten zur Setzung regionaler Mengenziele für das zukünftige Siedlungs- und Verkehrsflächenwachstum erkennbar. Es besteht gleichwohl eine erhöhte Sensibilität für nachhaltige, insbesondere flächensparende Strategien der Siedlungsentwicklung. Trotz bestehender Akzeptanzprobleme gegenüber strikten Reduktionszielen der baulichen Freirauminanspruchnahme fungiert das Ziel-30-ha durchaus als Vision und als Anreiz, um stärker als bisher die bauliche Neuinanspruchnahme von Freiflächen und den Vorrang der Innenentwicklung politisch zu thematisieren.

Die einzelnen Modellvorhaben sind unterschiedlich weit auf diesem Weg vorangeschritten. Auf der 2. Werkstatt mit Vertretern der sieben Modellvorhaben im April in Mannheim wurde der erreichte Stand präsentiert und diskutiert (vgl. ausführlich den Werkstattbericht der 2. Werkstatt in Mannheim unter www.bbr.bund.de/moro). Die Gliederung in vier Projektstadien

ermöglichte einen vergleichbaren Überblick über den Projektfortschritt (siehe Abbildung).

	Modellvorhaben	Regionalentwicklung	Flächenpotenziale	Flächenpotenziale	Flächenpotenziale	Flächenpotenziale
Rhein-Neckar-Odenwald	○	○	○	○	○	○
Rendsburg	○	○	○	○	○	○
Friesland	○	○	○	○	○	○
Vorpommern	○	○	○	○	○	○
Chemnitz-Bautzen	○	○	○	○	○	○
Mittelthüringen	○	○	○	○	○	○
Stuttgart	○	○	○	○	○	○

Am Anfang steht die **Identifizierung und Mobilisierung relevanter Flächenpotenziale** als eine wesentliche Voraussetzung für planerische Konzepte und flächenpolitische Entscheidungen, insbesondere auch, um Transparenz für die Kommunen herzustellen. In den meisten Modellregionen wurden – je nach konkreter flächenpolitischer Herausforderung – entsprechende Bestandsaufnahmen vorgenommen. Ergänzend wurden Befragungen zu mobilisierbaren Flächenpotenzialen oder zur Akzeptanz ökonomischer Steuerungsinstrumente durchgeführt.

In den Modellregionen sind – basierend auf regionalen Kooperationen – erste **Lösungsansätze zur Umsetzung der flächenpolitischen Ziele** erkennbar. Diese Ansätze sind – was die bisherige Konkretisierung betrifft – stark an der Flächensituation „vor Ort“ orientiert. In den einzelnen Regionen stehen unterschiedliche thematische Schwerpunkte im Mittelpunkt:

- **Neue Instrumente:** Die Formulierung und Umsetzung neuer – z.B. ökonomischer – Steuerungsinstrumente zur Ergänzung bestehender raumordnerischer Ansätze einer Flächenreduzierung (Rhein-Neckar-Odenwald und Lebens- und Wirtschaftsraum Rendsburg)
- **Regionales Flächenmanagement und Poollösungen:** Die Region Friesland-Wittmund steht vor der Gründung eines (interkommunalen) Zweckverbandes, dessen Aufgabe die gemeinsame Planung von Gewerbegebieten sein wird.
- **Steuerungsmöglichkeiten der Regionalplanung:** Die Region Mittelthüringen prüft, inwieweit die Wohnbaulandentwicklung präziser mit dem neuen Regionalplan gesteuert werden kann.

Information und Sensibilisierung sind wichtige Voraussetzungen zur Schaffung von Akzeptanz, die notwendig ist, um konsensual mit den kommunalen Akteuren die flächenpolitischen Ziele festzusetzen und konkrete Strategien und Instrumente abzustimmen. Wie bereits auf der 1. Werkstatt in Weimar diskutiert, ist es ein langwieriger Prozess, die Balance zwischen den regionalen flächenpolitischen Zielen und Instrumenten und der Gewährleistung der kommunalen Planungshoheit sicherzustellen. Information und Sensibilisierung bleiben eine Daueraufgabe in den Modellregionen.

Bei aller Vielfalt der flächenpolitischen Herausforderungen in den Modellregionen ist deutlicher geworden, mit welchen Instrumenten die Ziele zu er-

Modellvorhaben der Raumordnung

Modellregionen

Nachhaltige Siedlungsentwicklung



reichen sind, aber auch, wo Erfolgsfaktoren und Hemmnisse liegen. Einige seien hier genannt:

Erfolgsfaktoren

- Die Knappheit von Flächen, d.h. ein bestehender Flächendruck ist eine wichtige Voraussetzung, dass „Flächensparen“ überhaupt als notwendiges Politikfeld erkannt wird (Region Stuttgart, Region München).
- Flächenbedarfsprognosen können aufzeigen, wie sich perspektivisch Knappheiten entwickeln, und insbesondere deutlich machen, dass sich heutige Neuausweisungen auf lange Sicht nicht mehr unbedingt rechnen, wenn die Folgekosten der Infrastruktur mitbedacht werden (Lebens- und Wirtschaftsraum Rendsburg, Mittelthüringen).
- Ein Diskursprozess mittels Gesprächen und Workshops kann Transparenz schaffen und eine Vernetzung der handelnden Akteure erreichen und so auch zum „Aufbrechen“ bestehender Denk- und Handlungsmuster und zu einer Modernisierung der Strategien und Instrumente beitragen.
- Die flächenpolitische Strategie und ihre Instrumentierung, z.B. der Einsatz ökonomischer Anreize oder ein interkommunaler Flächenpool, muss im Zusammenhang mit konkreten Projekten oder einer regionalen Entwicklungsstrategie stehen.
- Die Steuerungsinstrumente müssen flexibel sein. So sollte ihr Einsatz räumlich differenziert erfolgen – z.B. unterschieden nach dynamischen Entwicklungsräumen/bestehenden Siedlungsachsen (Kernbereich), Randbereichen der Siedlungsachsen (Regionsrand) und peripheren Lagen (Eigenentwicklung, siehe etwa Region Stuttgart).
- Regionale Kooperation mit Vernetzung unterschiedlicher Flächen und ihrer Standortqualitäten im Rahmen eines regionalen Flächenmanagements bietet neue Chancen für eine Arbeitsteilung zwischen den Kommunen und für den Abbau (ruinöser) Flächenkonkurrenzen und den damit einhergehenden Überangeboten.
- Eine mangelnde Kenntnis der flächenpolitischen Instrumente, ihrer Funktionsmechanismen und der damit verbundenen (positiven wie negativen) Wirkungen führt zu Fehleinschätzungen und Ablehnung. Die Vorteile ökonomischer Anreizinstrumente – insbesondere ihre Flexibilität – können dann nicht mehr adäquat gewürdigt werden. Es bedarf intensiver Aufklärungsarbeit vor Ort, um neue Lenkungsstrategien politikfähig zu machen.
- Regionale Kooperation bedarf – wenn keine Win-Win-Situationen vorliegen – eines finanziellen Interessenausgleichs. Die entsprechenden Verteilungsschlüssel müssen fair sein. Wenn einzelnen Akteure sich benachteiligt fühlen, ist massiver Widerstand vorprogrammiert. Ohne Konsens in dieser zentralen Frage werden die regionalen Kooperationen scheitern.



Hemmnisse

- Flächensparen ist in vielen Regionen noch nicht zur „Chefsache“ geworden, sondern bleibt eine Aufgabe der Fachplanung. Dies führt dazu, dass konfliktreiche Ziele (Stichwort: 30 ha) nicht oder nur sehr abgeschwächt auf die politische Agenda gesetzt werden. Insbesondere Mengenvorgaben haben unter diesen Randbedingungen nur sehr begrenzte Realisierungschancen.



Assoziiertes Modellvorhaben in der Region München

Dr. Stephan Schott

Arbeitsgemeinschaft
Siedlungsentwicklung
des Großraumes München

Projekträger

Landeshauptstadt München
Dr. Stephan Schott
Bürgermeister Helmut Dworzak
Blumenstraße 28 b
80331 München

089 – 233 22 977

plan.step@muenchen.de
dworzak@gemeinde-haar.de

Der Großraum München ist aufgrund seiner Wirtschaftsstärke einem erheblichen Entwicklungsdruck ausgesetzt. Eine anhaltend hohe Nachfrage nach Bauflächen für Wirtschaft, Wohnen und Infrastruktureinrichtungen ist die Folge. Die Entwicklungsdynamik konkurriert mit dem gebotenen sparsamen Umgang mit der Ressource Fläche, die zudem in der Kernstadt und dem näheren Umland knapp wird. Meist ist es viel „billiger und leichter“, zusätzliche Siedlungsflächen auszuweisen, anstatt brachliegende, allerdings oft kontaminierte Flächen wieder zu nutzen. Somit lautet die **zentrale Fragestellung**: Wie kann ein prosperierender Wirtschaftsraum mit hoher Lebensqualität sowohl der Standortbedeutung für die Wirtschaft langfristig gerecht werden als auch seine besonderen Standortqualitäten erhalten und entwickeln, die ganz wesentlich durch Wohnumfeld und Freiraum geprägt sind.

Für den Großraum München bedeuten die dargestellten Fakten zur Siedlungsflächenentwicklung einen deutlichen Handlungsbedarf aller lokalen und überörtlichen Akteure:

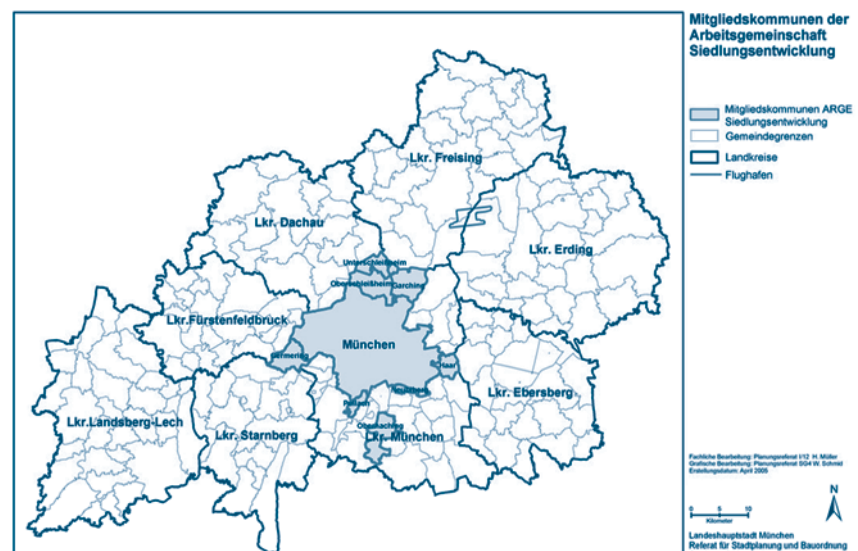
- Allgemeine Reduzierung der Siedlungsflächenzunahme zu Gunsten einer (Wieder-) Nutzung von Brachen und Baulücken,
- Schutz der Naherholungsräume sowie
- gemeinsame Lenkung der Siedlungsentwicklung vor allem auf die landes- und regionalplanerisch favorisierten Räume.

Da die bisher angewandten regionalplanerischen Instrumente und Verfahren keinen zufrieden stellenden Erfolg brachten, wird im Rahmen des MORO-Aktionsprogramms ein induktiver Ansatz verfolgt: Einige engagierte Umlandgemeinden und die Kernstadt München erproben als Träger der Planungshoheit auf freiwilliger Basis eine engere Zusammenarbeit, die auf eine verstärkte Beachtung der Nachhaltigkeit bei der Flächennutzung abzielt.

Folgende Gebietskörperschaften schlossen sich deshalb 2003 als Gründungsmitglieder zur „Arbeitsgemeinschaft Siedlungsentwicklung“ zusammen: Stadt Garching, Stadt Germering, Gemeinde Haar, Landeshauptstadt München, Gemeinde Oberhaching, Gemeinde Oberschleißheim, Gemeinde Pullach, Stadt Unterschleißheim. Die Arbeitsgemeinschaft wurde 2004 um die Gemeinde Neubiberg erweitert.

Alle Kommunen werden durch die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister vertreten, die Landeshauptstadt München durch die Stadtbaurätin. Die Arbeitsgemeinschaft hat eine Doppelspitze: Sprecher der Umlandkommunen ist Herr Bürgermeister Schelle von Oberhaching, Sprecherin der Landeshauptstadt München ist Frau Stadtbaurätin Prof. Thalgot.

Ziel der Arbeitsgemeinschaft ist die konsequente Berücksichtigung des Prinzips der Nachhaltigkeit bei ihrer Siedlungsentwicklung. Die Arbeitsgemeinschaft wird dabei nicht nur eine enge Zusammenarbeit mit den internen Partnern pflegen, sondern auch die überörtlichen – also regionalen – Erfordernisse berücksichtigen. Durch messbare Kooperationserfolge sollen langfristig möglichst viele Umlandgemeinden von einer nachhaltigen Siedlungsentwicklung überzeugt und zur Mitarbeit gewonnen werden.



Abgestimmte Grundsätze für eine nachhaltige Siedlungsentwicklung

Die Arbeitsgemeinschaft hat daher für die Mitgliedskommunen folgende Grundsätze festgelegt:

Nachhaltige Siedlungsentwicklung setzt die Kenntnis der kommunalen Flächenpotenziale und ihre kontinuierliche Aktualisierung voraus. Darauf aufbauend soll gelten:

- **Innenentwicklung vor Außenentwicklung:** Vor der Neuausweisung von Siedlungsflächen im Außenraum ist immer zu prüfen, ob es eine Alternative innerhalb der bestehenden Siedlungsfläche gibt.
- **Flächenrecycling vor Neuausweisung:** Vor der Neuausweisung von Siedlungsflächen ist immer zu prüfen, ob nicht stattdessen brachgefallene Flächen genutzt werden können.
- **Bestandsverdichtung geht vor Neuausweisung:** Vor der Neuausweisung von Siedlungsflächen ist immer zu prüfen, ob das geplante Vorhaben bzw. die künftige Siedlungsentwicklung nicht durch Bestandsverdichtung realisiert werden könnte.
- Die Siedlungsentwicklung soll möglichst **flächensparend und kompakt** erfolgen:
Insbesondere in zentralen Lagen und um die Haltepunkte des leistungsfähigen schienengebundenen ÖPNV ist auf standortangepasste, ausreichende Dichte zu achten.
- Beim Gewerbebau sind **höhere Dichten anzustreben**.
- Die Entwicklung soll sich **auf die Hauptorte konzentrieren**.

- Auf die **Erhaltung und Vernetzung klimawirksamer Freiflächen** soll geachtet werden.
- Auf eine möglichst **zentrale, wohnortnahe Verteilung des Einzelhandels** ist zu achten. Neue Einzelhandelsgroßprojekte sollen sich am noch in Arbeit befindlichen regionalen Einzelhandelskonzept orientieren.
- Die Siedlungsentwicklung ist **frühzeitig mit den Nachbarkommunen abzustimmen** – ggf. auch über das gesetzlich vorgeschriebene Maß hinaus, um harmonische Strukturen ohne vermeidbare Verkehrsbelastungen zu erreichen.

Die Gemeinde Haar hat diese Grundsätze noch deutlich übertroffen. Für ihre städtebaulichen Leitziele zur Siedlungsentwicklung und deren konsequente politische Umsetzung bekam sie von der Arbeitsgemeinschaft Siedlungsentwicklung den ersten „internen MORO-Preis“ verliehen. Dabei wurde am 7. Oktober 2004 unter großer Medienpräsenz gemeinsam eine Sämlingsblutbuche im Haarer Sportpark gepflanzt. So konnten die nachhaltigen Entwicklungsgrundsätze der Gemeinde Haar und die Ziele und Aktivitäten der MORO-Arbeitsgemein-

schaft Siedlungsentwicklung durch mehrere Zeitungsartikel in der Öffentlichkeit bekannt gemacht werden.

Derzeit werden die Ziele der Arbeitsgemeinschaft Siedlungsentwicklung weiter umgesetzt: Ein Arbeitsschwerpunkt ist der Ausbau eines umfassenden **Flächenmonitorings**. Nach der Vergabe eines Werkauftrages an den neutralen Planungsverband Äußerer Wirtschaftsraum München sind für die Gemeinde Haar bereits alle Flächennutzungen und -potenziale vollständig erfasst. Diese Erhebungen werden auf die weiteren Mitgliedskommunen ausgedehnt und als Basis zum Stand 2004 für ein indikatorgestütztes Flächenmonitoring verwendet. Ferner sind erste Abgrenzungen von Innen-/Außenraum bei einzelnen Kommunen abgeschlossen.

Der weiteren Umsetzung im Einzelfall bedarf ein vom Regionalen Planungsverband München in Zusammenarbeit mit dem Freistaat Bayern und der Landeshauptstadt München beschlossenes und finanziertes **Einzelhandelskonzept**, das bis Ende 2005 erstellt sein soll. Dabei werden die MORO-Kommunen eine Vorreiterrolle einnehmen. Auch beim Einzelhandel hat die Gemeinde Haar u.a. durch die konsequente Abwehr von großflächigen Betrieben in nicht integrierter Lage eine beispielhafte Nahversorgungssituation bewahrt. Flankierend wird die Öffentlichkeitsarbeit fortgesetzt.



Assoziiertes Modellvorhaben Neckar-Alb

Dr. Dieter Gust

Regionaler Gewerbe-
flächenpool Neckar-Alb

Projekträger

*Regionalverband Neckar-Alb
Dr. Dieter Gust
Bahnhofstraße 1
72116 Mössingen*

*07473 – 95 09 0**dieter.gust@rvna.de*

Das Projekt „Regionaler Gewerbeflächenpool Neckar-Alb“ ist in dieser Größenordnung und Stoßrichtung einmalig in Deutschland. Es ist von dem Anliegen getragen, Gewerbeflächen mehrerer Gemeinden in einen gemeinsamen Flächenpool einzubringen und zu vermarkten. Der hier beschriebene Modellentwurf wurde im Rahmen eines diskursiven Prozesses zur Entwicklung eines solchen Pools in der Region Neckar-Alb erarbeitet. Dadurch sollen die beiden häufig als gegensätzlich angesehenen Ziele, nämlich Wirtschaftsentwicklung und Flächenschonung, miteinander in Einklang gebracht werden.

Es ist unbestreitbar, dass die Ausweitung von gewerblichen Bauflächen in immer mehr Gemeinden an quantitative und qualitative Grenzen stößt. Grund und Boden sind nicht vermehrbar. Die qualitativen Grenzen resultieren aus der Pflicht, ökologisch sensible und wertvolle Flächen zu schützen. Hinzu kommen Probleme des Landschaftsbildes und der Landschaftszersiedelung. Sie führen immer dringender zu der Forderung nach einer Optimierung der Flächeninanspruchnahme mit der zentralen ökologischen Zielsetzung einer deutlichen Reduzierung des Flächenverbrauchs.

In der Konkurrenz der Wirtschaftsstandorte um Arbeitsplätze und Steuereinnahmen besteht oft die Bereitschaft der Kommunen, die letzten verfügbaren Flächen auf der eigenen Gemarkung zu erschließen. Dies führt in wachsendem Maß dazu, dass schlecht angebundene oder ökologisch sensible und wertvolle Standorte in An-

spruch genommen werden, obwohl andere Kommunen Flächen bereitstellen könnten, die solche Probleme nicht haben.

Vorteile eines regionalen Gewerbeflächenpools

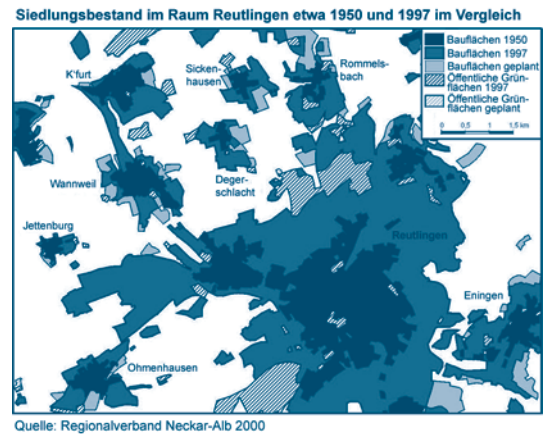
Durch die Bündelung auf eine oder mehrere Poolflächen kann potenziellen Investoren ein wesentlich attraktiveres und bedarfsgerechteres Baulandangebot unterbreitet werden, als es eine einzelne Gemeinde kann. Ein weiterer Vorteil für die am Pool beteiligten Gemeinden ist die Aussicht auf einen Risikoausgleich im Zeitablauf – sowohl beim Verkauf von Gewerbeflächen als auch bei den Gewerbesteuererträgen, weil die Erlöse aus den Grundstücksverkäufen und die Gewerbesteuererträge im Pool zusammenfließen und anteilig ausgeschüttet werden sollen. Neben den wirtschaftlichen Zielen sind auch wichtige ökologische Ziele über den Gewerbeflächenpool erreichbar. Durch die Bündelung der Flächen ist es nicht mehr notwendig, um jeden Preis Gewerbeflächen in ökologisch sensiblen Gebieten auszuweisen.

Das Projekt verfolgt **ökonomische, regionalpolitische und ökologische Ziele**. Mittel- bis langfristiges ökonomisches Ziel ist es, mit einem solchen Gewerbeflächenpool die Wirtschaftskraft der Region zu stärken. Durch die übergemeindliche Zusammenarbeit in der Flächenvermarktung sollen die Gemeinden des Gewerbeflächenpools gemeinsam ein breites Spektrum von Gewerbeflächen mit hoher Standortqualität anbieten können. Die Pool-

gemeinden treten damit in einen „überregionalen Wettbewerb“ ein, in dem sie als „Einzelkämpfer“ mit ihren einzelnen Flächen wesentlich geringere Chancen hätten. Das wesentliche ökologische Ziel ist die Einsparung von Flächen: Nicht jede Gemeinde muss Gewerbeflächen vorhalten, sie kann sich auch mit Geld am Flächenpool beteiligen.

In Anlehnung an die Erfahrungen in anderen Regionen Deutschlands wurden an einem Runden Tisch unter Moderation der Stuttgarter Akademie für Technikfolgenabschätzung (TA-Akademie) die Grundlagen für einen regionalen Gewerbeflächenpool entwickelt. Zu klären war, welche Vereinbarungen und Umsetzungsschritte mit den beteiligten Städten und Gemeinden notwendig sind, um zu effektiven Lösungen für eine gemeinsame Gewerbeflächenpolitik zu kommen.

Die Auftaktveranstaltung für den Runden Tisch fand im Juli 2002 statt, die Ergebnisse wurden im Juni 2004 in einer Abschlussveranstaltung der Öffentlichkeit präsentiert. An der Erarbeitung des Lösungsansatzes waren 22 Chefs der Rathäuser der Städte und Gemeinden im Zollernalbkreis sowie ein Vertreter des Kreises und des Regionalverbandes beteiligt. Wegen seines innovativen Modellcharakters wurde das Projekt vom Ministerium für Umwelt und Verkehr und vom Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg gefördert.



Ergebnisse der Verhandlungen: Modell „Gewerbeflächenpool“

Für die künftige Zusammenarbeit im Gewerbeflächenpool wurden konsensfähige Regeln erarbeitet. Darin werden wichtige kommunalrechtliche Fragen geregelt, wie z.B. das Mitbestimmungsrecht der Belegenheitsgemeinde bei Gewerbeansiedlungen oder das Recht der Gemeinde auf Eigenentwicklung im Zusammenspiel mit den Interessen des Gewerbeflächenpools. Besonders bedeutsam sind die folgenden Regeln:

- Jede Gemeinde, die sich am Pool beteiligt, hat das Recht, Betrieben aus dem Ort selbst eine Erweiterungsfläche im eigenen Gewerbegebiet anzubieten. Sofern der Betrieb diese Flächen aber nicht in Anspruch nehmen will, ist jeder Teilnehmer am Flächenpool verpflichtet, den Investor auch auf andere Flächen des Pools aufmerksam zu machen.
- Will ein ansässiger Gewerbetreibender innerhalb der Heimatgemeinde erweitern und stehen dafür nur Poolflächen zur Verfügung (bzw. wird eine solche bevorzugt), kann die Standortgemeinde diesen Teil aus dem Pool herausnehmen und den eigenen Gewerbeflächen zuordnen.
- Möchte ein ansässiger Gewerbetreibender die Gemeinde zugunsten einer Neuansiedlung im Flächenpool verlassen, dürfen diesem in keinem Falle Hindernisse aufgestellt werden.

- Sollte ein externer Investor bei einer Gemeinde anfragen, hat sie das Recht, diesem zunächst die auf der eigenen Gemarkung liegende Poolfläche anzubieten. Ist dieser damit nicht einverstanden, ist die Gemeinde verpflichtet, den Investor für eine andere Fläche im Pool zu interessieren.
- Sollte ein externer Investor eine Gewerbefläche bevorzugen, die bislang noch nicht im Pool ist, so kann die Gemeinde diese Fläche zur Verfügung stellen, muss sie aber dazu in den Pool einbringen.
- Tritt ein externer Investor direkt an den Pool heran, dann ist es die erste Priorität der Poolverwaltung, das Interesse dieses Investors zu halten und ihm ein nachfragegemäßes Grundstück anzubieten. In zweiter Priorität (falls es mehrere Möglichkeiten gibt) sollte der Pool auf eine Gleichverteilung im Rahmen des Pools achten.
- Die Ansiedlung von Gewerbebetrieben sowie mögliche Nutzungsbeschränkungen müssen im Einvernehmen mit der Standortgemeinde erfolgen; die Standortgemeinde hat ein Vetorecht.

Das **Verfahren beim Verkauf von Gewerbeflächen** ist wie folgt organisiert: Die Gemeinden, die erschlossene Flächen zur Verfügung stellen, erhalten beim Verkauf die Kosten für die Erschließung erstattet, der Rest (Bodenpreis) fließt in den Pool. Auf der Grundlage der Bewertung errechnet sich der jeweilige Anteil der Gemeinde am Pool. Die einzelne Gemeinde, auf

deren Gemarkung eine Gewerbefläche verkauft wird, erhält entsprechend ihrem Anteil am Pool nur einen Teil des Bodenwerts bei der jährlichen Ausschüttung. Sie profitiert aber auch mit dem gleichen Prozentsatz von den Erlösen aus dem Verkauf von Poolflächen anderer Gemeinden. Auf dieser Grundlage kann die Poolgemeinde temporären Schwankungen durch Erlöse aus dem Flächenverkauf mittel- bis langfristig entgegenwirken. Wenn alle eingebrachten Flächen veräußert sind, haben alle Poolteilnehmer den eingebrachten Wert (gleich ob Geld oder Fläche) wieder zurückzuerhalten. Die Gewerbesteuern fließen ebenfalls vollständig in den Pool und werden unter allen Poolmitgliedern entsprechend dem jeweiligen Anteil verteilt.

Durch den Ansatz des Regionalen Gewerbeflächenpools lassen sich Handlungspotenziale aufbauen, die eine Kommune weder allein noch im herkömmlichen interkommunalen Verbund erreichen kann. Eine optimierte Flächenbereitstellung und damit Reduzierung des Flächenverbrauchs, die Stärkung des Arbeitsmarktes, die Verbesserung der Wirtschaftsstruktur sowie die Bewältigung des Strukturwandels stehen im Mittelpunkt des gemeinsamen Interesses. Dadurch ergeben sich nicht nur neue Lösungen für den gemeinsamen Problemdruck bei der Flächenbereitstellung, sondern große Chancen für die Gesamtentwicklung der beteiligten Städte und Gemeinden.

Innerregionaler Interessenausgleich und nachhaltige Siedlungs- und Flächenentwicklung

Jürgen Wittekind

Neue Wege
für den Lebens- und
Wirtschaftsraum
Rendsburg

Projektforschung

Raum & Energie
Institut für Planung, Kommunikation
und Prozessmanagement GmbH
Jürgen Wittekind
Erlenweg 3
22880 Wedel

04103 – 160 41

institut@raum-energie.de

Die Bürgermeister der 13 im Lebens- und Wirtschaftsraum Rendsburg zusammengeschlossenen Kommunen haben es geschafft: Der abgestimmte Entwurf einer vertraglichen Vereinbarung zur Regelung eines finanziellen und projektbezogenen Interessenausgleichs zwischen den beteiligten Kommunen liegt vor! Zusammen mit dem 2004 geschlossenen Kooperationsvertrag sind damit die Voraussetzungen für eine künftig gemeinschaftliche, integrierte Entwicklung der Kommunen in der Region geschaffen.

Vom eindimensionalen, flächenbezogenen Kooperationsansatz

Der ursprünglich verfolgte Ansatz war deutlich bescheidener: 2003 beschlossen die dreizehn Kommunen, eine gemeinsame, flächenbezogene Gebietsentwicklungsplanung durchzuführen. Die Bestandsaufnahmen ließen angesichts der zu erwartenden demographischen Entwicklung ein deutliches Flächenüberangebot zutage treten. So

ergaben sich bei der Gegenüberstellung der Flächenpotenziale und der prognostizierten Bedarfe für Wohn- und Gewerbeflächen bis 2015 Angebotsüberhänge von bis zu 400 ha (ohne Berücksichtigung der Konversionsflächen und Entwicklungsflächen in den Innenbereichen). Die gemeinschaftliche Bewertung dieser Situation führte zu dem Ergebnis, dass ein zwar kooperatives, aber im Wesentlichen auf die Siedlungs- und Freiraumentwicklung beschränktes Konzept ohne weiteren Nutzen wäre, vor allem vor dem Hintergrund der zu erwartenden demographischen Entwicklung, der fortgesetzten Segregationsprozesse und der erkennbaren Notwendigkeit, soziale, technische und kulturelle Infrastrukturen den sich ändernden Bedarfen anzupassen.

In der Folge wurde das strategische Vorgehen thematisch erweitert, um die Handlungsmöglichkeiten der Beteiligten durch eine auf Effizienzgewinn, Ressourceneinsparung, Qualitätsverbesserung und Kostenersparnis zielende Kooperation den Anforderungen entsprechend sach- und maßstabsgerecht gestalten zu können. Zu den (entwicklungsbestimmenden) Rahmenbedingungen zählten u.a. die Annahmen, dass

- sich die wirtschaftsstrukturellen Veränderungen – und in der Folge die Verknappung der Ressourcen – beschleunigt fortsetzen werden,
- die Situation der öffentlichen Haushalte (dauerhaft) angespannt bleiben wird und die Aussichten auf eine reale, nachhaltige finanzielle Entlastung durch Land, Bund oder EU als Fördermittelgeber gering sind,

- verschärfte Standortkonkurrenzen zwischen zentralen Orten bzw. Stadt-Umland-Bereichen nicht auszuschließen sind.

Die Einschätzung der „objektiven“ Handlungsbedarfe und die Eigeninteressen rechtlich eigenständig agierender Kommunen lassen sich aber nicht zwangsläufig miteinander in Einklang bringen. Der Stadt-Umland-Bereich Rendsburg unterscheidet sich hier in keiner Weise von vergleichbaren Räumen. So erweist sich der Ausgleich der vielschichtigen Interessen für interkommunale Kooperationen im Regelfall als eine maßgebliche Hürde, zumal dann, wenn die geforderten Win-Win-Situationen auf ein einziges Thema bezogen hergestellt werden sollen.

... zum mehrdimensionalen, finanziellen und themenbezogenen Interessenausgleich

Der für den Lebens- und Wirtschaftsraum Rendsburg entwickelte Ansatz zielt darauf ab, neben dem ursprünglich zentralen Thema einer kooperativen Flächenentwicklung weitere Themen- und Handlungsfelder „zeitgleich“ in den Ausgleich einzubeziehen. Hierzu zählen u.a. die Verkehrs- und die Einzelhandelsentwicklung des Raumes, die beide bereits gutachterlich untersucht und aufbereitet wurden. Seit 2003 wurden eine Reihe von Projekten und Projektideen entwickelt, deren Bandbreite von der Infrastrukturentwicklung bis hin zur gemeinschaftlichen Flächenqualifizierung und -vermarktung reicht. So entsteht eine „Verhandlungsmasse“, die es den Beteiligten ermöglicht, Interes-



- Stärkung des vorhandenen Siedlungsmusters mit Kernbereich, Mantelbereich und ländlichem Umfeld
- Vernetzung des Landschaftsraums innerhalb des Verstädterungsgebiets
- Nutzung der Innenentwicklungspotenziale, insbesondere der attraktiven Lagen am Wasser
- Entwicklung eines zielgruppenspezifischen Gewerbeflächenkonzepts

sen themenübergreifend auszugleichen.

Der Ansatz setzt stabile Kooperations- und Kommunikationsstrukturen voraus, dessen Basis in dem eingangs erwähnten Kooperationsvertrag liegt. Er bedingt die Anerkennung der Beteiligten, einem Raum zugehörig zu sein, der ungeachtet kommunaler Grenzen durch Abhängigkeiten, Lebens- und Arbeitsbeziehungen vielfältig miteinander verflochten ist. Die große Selbstverständlichkeit, mit der alle beteiligten Akteure heute vom „Lebens- und Wirtschaftsraum Rendsburg“ sprechen, macht deutlich, wie weit das Bewusstsein in diesem Punkt fortgeschritten ist.



Letztlich ist dafür Sorge zu tragen, dass der künftige Prozess institutionell und finanziell gesichert werden kann. Hier beginnt der zweite zentrale Arbeitsschritt des Modellvorhabens: Die Initiierung, Begleitung und Abwicklung der Prozesse und Projekte sowie die Weiterentwicklung der abgestimmten Flächenentwicklung sollen einer gemeinsamen Entwicklungsagentur übertragen werden. Die für die Agentur wie den Prozess notwendigen finanziellen Mittel werden

durch jährliche Beiträge der beteiligten Kommunen aufgebracht. Im Detail ist geplant, dass

- jede Kommune jährlich im Regelfall als „Beitrag I“ 1 % der Umlagegrundlage nach FAG (Kreisumlage) in einen Strukturfonds einzahlt
- und zusätzlich je Wohneinheit, die auf einer sog. „Entwicklungsfläche“ im Rahmen der gemeinsamen Flächenentwicklung und -abstimmung errichtet wird, einmalig zusätzlich 2.500 Euro als „Beitrag II“ an den Strukturfonds entrichtet werden.

Die Rahmenvereinbarungen sehen vor, dass die beiden Städte von der Zahlung des Beitrages II befreit sind. Darüber hinaus soll der Einsatz der Fondsmittel vor allem (zentrumsnahen) Infrastrukturprojekten zugute kommen. Das jährliche Fondsaufkommen wird bei rd. 450.000 Euro liegen; ein Teil der beteiligten Kommunen hat den vereinbarten Beitrag bereits im Haushalt des laufenden Jahres berücksichtigt.

Wie wird es weitergehen?

Das Konzept steht früher als erwartet vor seiner ersten Bewährungsprobe. Mit der Anfang 2005 getroffenen Entscheidung des Bundes, den Bundeswehrstandort Rendsburg komplett aufzugeben, hat sich die Flächensituation im Lebens- und Wirtschaftsraum Rendsburg grundlegend verändert. Die insgesamt 75 ha umfassenden Konversionsflächen liegen ausnahmslos im Rendsburger Stadtgebiet. Die Vereinbarung über einen Interessenausgleich berücksichtigt diese Situation bereits. Danach müssen die Konversionsflächen zielkon-

form, das heißt im Sinne der Vereinbarung mit „Vorrang“ entwickelt werden. Das hat zur Konsequenz, dass vor allem die Umlandgemeinden ihre Flächenentwicklung in vergleichbarer Höhe zurücknehmen bzw. anpassen müssen. Ein wesentlicher Teil dieser „Last“ wird voraussichtlich ab 2010 zu berücksichtigen sein.

Zugleich sind mit dem Abzug der Bundeswehr auch der Verlust von rd. 1.800 Dienstposten und Kaufkraftverluste in zweistelliger Millionenhöhe verbunden. Der wirtschaftliche Schaden ist also beträchtlich, und er wird sich deutlich vor dem Jahre 2010 einstellen. Er wird nicht, und hier beweist sich die enge Schicksalsgemeinschaft von Stadt und Umland, auf die Stadt Rendsburg zu begrenzen sein. Auch hierfür gilt es, einen Ausgleich herzustellen. In der über Jahrzehnte hinweg geübten Konkurrenz zueinander wird diese Aufgabe nicht bewältigt werden können. Es gibt also gute Gründe, dass sich die erfolgreiche Entwicklung des Modellvorhabens auch in Zukunft fortsetzen wird.

Infrastruktur und demogra- phischer Wandel

Begleitforschung

Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung
Deichmanns Aue 31 – 37
53179 Bonn

Ansprechpartner im BBR

Dr. Hans-Peter Gatzweiler
018 88 – 401 22 77
hans-peter.gatzweiler@bbr.bund.de

Martina Kocks
018 88 – 401 23 21
martina.kocks@bbr.bund.de

Dr. Peter Jakubowski
018 88 – 401 23 43
peter.jakubowski@bbr.bund.de

Martin Spangenberg
018 88 – 401 22 35
martin.spangenberg@bbr.bund.de

Das Thema „Infrastruktur und demographischer Wandel“ steht auf der politischen Agenda der Raumordnung ganz oben. Mit ihrem Beschluss „Sicherung und Weiterentwicklung der öffentlichen Daseinsvorsorge vor dem Hintergrund des demographischen Wandels“ vom 28. April 2005 in Berlin fordert die Ministerkonferenz für Raumordnung (MKRO) insbesondere die Regionalplanung auf, sich frühzeitig darauf einzustellen. Diese soll aktiv dazu beitragen, Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge an sich rasch ändernde Nachfragestrukturen anzupassen.

Auch in den sechs Modellregionen dieses zweiten Themenfeldes ist der Anpassungsdruck hoch. Über den ohnehin bestehenden Wettbewerb der Regionen hinaus sind sie im demographischen Wandel neuen Anforderungen ausgesetzt: Der Standortfaktor „Bevölkerung“ führt zu einem verstärkten Wettbewerb um Einwohner und Arbeitsplätze, um gute Lebensbedingungen, um Kinder- und Familienfreundlichkeit, um attraktive Standortbedingungen. Dies zeigt die Notwendigkeit, Strategien und Instrumente zur Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge weiter und/oder neu zu entwickeln, unter Berücksichtigung unterschiedlicher räumlicher Ausgangssituationen und Nachfragestrukturen.

Der Stand der Dinge in den Modellregionen

Der Stand der Dinge war auch Thema der **zweiten Werkstatt mit Vertretern dieser sechs Modellvorhaben**, die am 12. April 2005 in Kiel stattfand. Erfreuliches Fazit: Die Modellvorhaben der Auswahlrunde 2003 sind in ihrer Arbeit deutlich vorangeschritten. Auch die der Auswahlrunde 2004 haben ihre Projektziele konkretisiert, Bestandsaufnahmen durchgeführt und arbeiten an ersten Lösungsansätzen. Die Gliederung in **vier Projektstadien** (siehe auch die Fotodokumentation der Metaplan-Wand) ermöglicht einen vergleichenden Überblick über den Projektstand.

Bestandsaufnahmen der Infrastruktur bilden die Grundlage planerischer Konzepte und politischer Entscheidungen über Anpassungsstrategien und wurden in allen Modellregionen durchgeführt, fallweise ergänzt um Befragungen, z. B. zur Versorgungssituation. Die Aktivitäten konzentrieren sich derzeit auf die **Erarbeitung von Lösungsansätzen**, meist in Form konkreter Projekte und in Kooperation mit einzelnen Kommunen und Institutionen, um den Nutzen für die Akteure zu erhöhen und die aktive Mitarbeit auch der kommunalpolitischen Entscheidungsträger zu fördern:

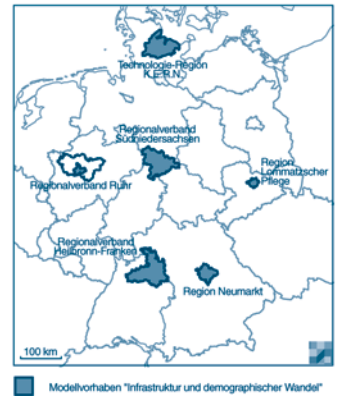
- Verbesserung von Versorgungsniveaus, z.B. der Betreuungssituation für Kinder in der Region Heilbronn-Franken – sowohl quantitativ als auch qualitativ in Form von „Modellkindergärten“, die stärker auf frühkindliche Bildungsangebote hin ausgerichtet sind.

PROJEKTFORTSCHRITT				
Modellvorhaben	Bestandsaufnahme	Modellhafte Lösungsansätze	Informationen Sensibilisierung Bevölkerung	Umsetzung
K.E.R.N.	*	*	○*	*
Heilbronn-Franken	○	*	○*	*
Süd-niedersachsen	○	○	○*	*
Neumarkt	○	*	○	*
Kommunale Pflege	○	○*	○*	*
RVR	○	*	*	*

- Integrierte, strategisch orientierte Konzepte der kommunalen Infrastrukturplanung, z.B. mittels Darstellung der zukünftigen Bevölkerungsentwicklung und Infrastrukturnutzung in Form einer „Handlungsfelder-/Szenariomatrix“ in der K.E.R.N.-Region.
- Vernetzungsorientierte, generationsübergreifende Konzepte, wie z.B. die „Familienzentren“ in Südniedersachsen.
- Aufbau „dualer Netzwerkstrukturen“, d.h. eines „realen“, regionalen Seniorennetzwerks zum Meinungs- und Informationsaustausch sowie eines „virtuellen“ Netzwerkes im Internet in der Region Neumarkt.
- Kooperation bei der Standortplanung von Sportstätten und Bädern im Regionalverband Ruhr (RVR) und Übernahme von Trägerschaften durch den RVR als Reaktion auf demographisch bedingte Nachfragerückgänge und Nachfrageschiebungen infolge veränderten Freizeitverhaltens.

(vgl. ausführlich den Werkstattbericht der 2. Werkstatt in Kiel unter www.bbr.bund.de/moro)

Modellvorhaben der Raumordnung

Modellregionen
Infrastruktur und demographischer Wandel

Erfolg und Misserfolg der **Sensibilisierung für das Thema** korrespondieren stark mit der Überzeugung wichtiger Schlüsselpersonen (z.B. in Gremien oder Infrastruktureinrichtungen) vom Handlungsdruck sowie mit deren Bereitschaft, für das Thema „Stimmung zu machen“ und weitere Akteure zu überzeugen. „Überzeugung und überzeugen“ bedeuten somit auch positive Impulse für den Prozessfortschritt und stellen gleichzeitig eine wichtige Voraussetzung zur Vernetzung der Akteure dar.

Die Akzeptanz ist abhängig vom Thema: „Kinder- und Familienfreundlichkeit“ rangiert derzeit in Politik und Öffentlichkeit weit oben, „mehr Kinder“ ist eine populäre Forderung. Demgegenüber ist das Erkennen und aktive Aufgreifen der Potenziale der zunehmenden Zahl älterer, beruflich und gesellschaftlich erfahrener Menschen ein Prozess, der noch im Werden ist. Konkrete Ziele wie ein „Seniorenorientierter Wirtschaftsraum“ (K.E.R.N.-Region), gezielte Angebote für „Silver Ager“ als Touristen (K.E.R.N.-Region) oder die Profilierung einer Region als Altersruhesitz (z.B. der Südharz in Südniedersachsen) sind entsprechend schwierig zu vermitteln.

Als wesentliches Hemmnis hat sich der zeitliche Aufwand dafür herauskristallisiert, die Akteure zu sensibilisieren. Vielfach ist eine aufsuchende und aktivierende Unterstützung der Projektpartner notwendig.

**Erfolgsfaktoren für die Umsetzung von Konzepten**

Trotz aller Unterschiede zwischen den Modellregionen sind vergleichbare Strategien und Vorgehensweisen sowie übertragbare Handlungsansätze zu erkennen. Und es lassen sich Erfolgsfaktoren im Sinne der drei MORO-Qualitätskriterien Vernetzung, Modernisierung, Flexibilisierung identifizieren. Sie sind prägend für den Projektfortschritt und bei der Umsetzung von Handlungsansätzen zu beachten.

Vernetzung spielt eine wichtige Rolle: als frühzeitige Kooperation der Akteure im Planungsstadium, als Vernetzung einzelner Anbieter von Leistungen der Daseinsvorsorge bzw. von Produkten und Dienstleistungen für ältere Menschen oder als Vernetzung der Nutzer (z.B. generationsübergreifende Übernahme von Aufgaben).

Modernisierung bietet viele Chancen und Optionen zur Schaffung neuer qualitativer Standards, z.B.: bauliche Maßnahmen, neue Träger- und Betreiberstrukturen, verbessertes Management und erhöhte Auslastung, angepasste Nutzerzeiten, Outsourcing von Teilleistungen. Modernisierung heißt auch, neue Ansätze zu erproben,

die dem Leitmotiv „Umstrukturierung statt Zuwachs“ entsprechen: „Chance“ statt „Mangel“, „Vernetzung“ statt „Konkurrenz“, „Nachhaltigkeit“ statt „Kurzfristlösungen“ etc.

Flexibilisierung: Anpassungsprobleme bei der Infrastruktur aufgrund demographischer Veränderungen resultieren wesentlich daraus, dass Einrichtungen bezüglich veränderter Nutzerzahlen bzw. Kapazitäten oder Nachfrageänderungen in Gestalt neuer Nutzergruppen (Schlagwort „Alt statt Jung“) vergleichsweise inflexibel sind, da sie auf bestimmte Kapazitäten (und nicht selten auf Zuwächse) ausgelegt sind. Entsprechend sind bei Anpassung und Umbau der Infrastruktur möglichst weitgehend flexible Strukturen zu schaffen – unter Einsatz neuer organisatorischer Lösungen und Trägermodelle, die z.B. auch eine effizientere Nutzung und Bewirtschaftung bestehender Kapazitäten (z.B. PC-Räume und Sporthallen in Schulen) ermöglichen.

Noch ein Hinweis in eigener Sache: Die bisherigen Erkenntnisse und Erfahrungen aus Modellvorhaben der Raumordnung zum raumordnerischen Umgang mit der Aufgabe der Sicherung und Weiterentwicklung der öffentlichen Daseinsvorsorge unter den Bedingungen des demographischen Wandels sind auf Wunsch der MKRO von BMVBW und BBR in Form einer Broschüre aufbereitet worden. Die Broschüre unter dem Titel „**Öffentliche Daseinsvorsorge und demographischer Wandel**“ kann vom BBR kostenlos bezogen werden (Bestellungen an: martina.kocks@bbr.bund.de).

Kinderfreundliche Region als Strategie im Wandel

Dr. Ekkehard Hein, Eva Schulte

Auf dem Weg zu einer
kinderfreundlichen Region
Heilbronn-Franken

Projekttträger

Regionalverband Heilbronn-Franken
Dr. Ekkehard Hein, Eva Schulte
Frankfurter Straße 8
74072 Heilbronn

07131 – 62 10 23

schulte@regionalverband-heilbronn-franken.de

Kinderfreundlichkeit steht derzeit ganz oben auf der kommunalpolitischen Tagesordnung. Die Region Heilbronn-Franken hat dieses Thema frühzeitig erkannt und zusammen mit fünf Projektpartnern ein Konzept entwickelt, das die Potenziale der Region nutzt, um an den Ursachen des demographischen Wandels anzusetzen. Es ist unumgänglich, die Region den Bedingungen des demographischen Wandels anzupassen – Anpassung allein ist jedoch nicht zukunftsfähig.

Der Ansatz „**Kinderfreundliche Region Heilbronn-Franken**“ will die zum jetzigen Zeitpunkt noch bestehende Möglichkeit nutzen, der demographischen Entwicklung gegenzusteuern. Diese gegenüber vielen anderen Regionen in Deutschland etwas komfortablere Ausgangslage resultiert aus der Zuwanderung einer großen Zahl vor allem jüngerer Menschen Anfang der 1990er Jahre und aus zwar nicht bestandserhaltenden, aber im Vergleich mit dem Landes- und Bundesdurchschnitt höheren Fertilitätsraten, insbesondere in den ländlichen Gebieten. Seit 2003 konnten die verantwortlichen Akteure in der Region für die Folgen der demographische Entwicklung sensibilisiert und die Notwendigkeit einer Orientierung auf die Belange von Familien mit Kindern unterstrichen werden.

Der Ansatz „Kinderfreundliche Region“ impliziert Maßnahmen, die die Rahmenbedingungen an die Bedürfnisse von Familien anpassen, das allgemeine Klima „pro Familie“ beeinflussen, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtern und so Menschen die Option bieten, sich ihre Kinder-

wünsche zu erfüllen. Dem Kernprojekt „Kinderbetreuung“ kommt besonders große Bedeutung zu, weil die Versorgungsquoten für Ganztagsbetreuung und unter 3-Jährige im Vergleich zu anderen Regionen in Deutschland (und Europa) sehr niedrig sind. Bei gut ausgebauten Kinderbetreuungsangeboten könnten, der Lebenswirklichkeit vieler Familien entsprechend, beide Elternteile erwerbstätig sein und Unternehmen auf gut ausgebildete Fachkräfte zurückgreifen.



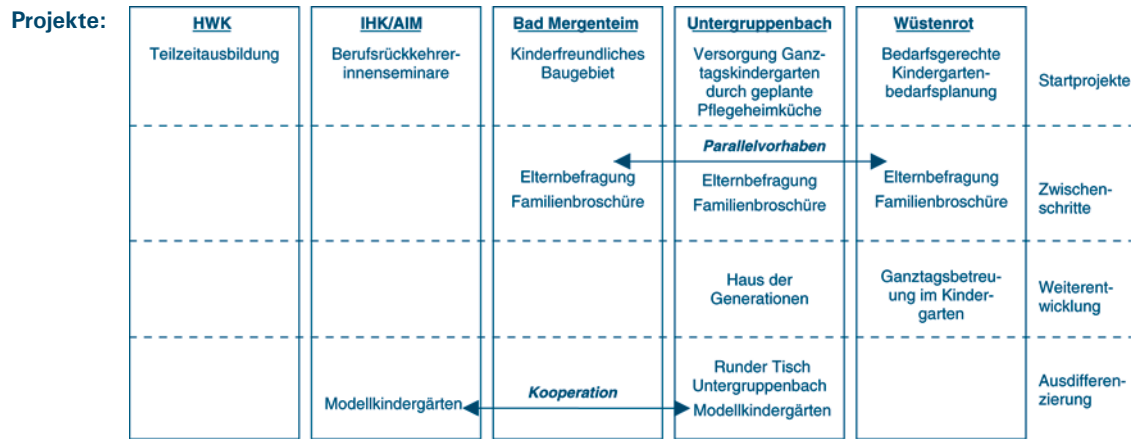
„Die Region“ als Handlungsebene

Regionen im demographischen Wandel sind Regionen im Wettbewerb um Einwohner, um gute Lebensbedingungen, um Kinder- und Familienfreundlichkeit, um aktive Standortbedingungen; darin unterscheiden sie sich nicht von Kommunen. Die regionale Ebene kann jedoch wirkungsvoller als die kommunale oder die Landes- bzw. Bundesebene Strategien im Themenfeld „Infrastruktur und demographischer Wandel“ entwickeln, auch wenn dies nicht zu den Pflichtaufgaben der Regionalplanung der baden-württembergischen Regionalverbände gehört.

Die regionale Ebene kann z.B. verhindern, dass ausschließlich lokale Interessen wahrgenommen werden, indem Kommunen unter Konkurrenzbedingungen eher kurzfristige statt langfristige Strategien zur Einwohnergewinnung wählen. Sie kann gleichzeitig regionale Ausgangslagen und unterschiedliche räumliche Rahmenbedingungen in städtischen und ländlichen Räumen zugrunde legen und läuft somit weniger Gefahr, über Unterschiede hinwegzugehen. Gleichwohl kann die regionale Ebene im Rahmen des Modellvorhabens nur sensibilisieren und dazu anregen, Konzepte und Instrumente zu entwickeln. Deren praktische Umsetzung liegt in den Händen der Kommunen, ohne dass die Region weisungsbefugt ist oder einzelne Gebietskörperschaften mit Rechten ausstatten oder ausreichend finanzielle Mittel zur Verfügung stellen kann.

Projekte und Ergebnisse

Gemeinsam mit Projektpartnern – den Kammern, einer Weiterbildungseinrichtung und drei Modellgemeinden – hat der Regionalverband diverse Einzelprojekte angestoßen (siehe auch die Übersicht folgende Seite): einerseits Einzelprojekte, die exklusiv und modellhaft von einem Projektpartner bearbeitet werden, allerdings mit der Option, bei der Umsetzung Kooperationen zu bilden bzw. als Modell von anderen übernommen zu werden, andererseits Teilprojekte, die in Kooperation entstanden sind und solche, die in ähnlicher Form in allen drei Modellgemeinden verwirklicht werden oder noch werden sollen.



Gestartet ist jede Modellkommune bzw. jeder Projektpartner mit einem einzigen Vorhaben. Da sich aber recht schnell zeigte, dass den Ursachen der demographischen Entwicklung nur mit einem ganzheitlichen Ansatz zur Kinder- und Familienfreundlichkeit wirkungsvoll begegnet werden kann, wurden weitere Aspekte aufgenommen. Kernthema ist und bleibt die Kinderbetreuung, da sie von großer Bedeutung sowohl für die Berufsintegration von Frauen, für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie wie für die Umsetzung des Kinderwunsches ist.

Um über die Verwaltungsspitzen hinaus zu sensibilisieren und vor Ort Aktivitäten anzustoßen, hat die Öffentlichkeitsarbeit nach wie vor einen hohen Stellenwert. Neben Informationswegen wie der Homepage des Regionalverbandes, einem Flyer, einer Projektbeschreibung oder öffentlichen Veranstaltungen zum Ergebnistransfer und zur Impulsgebung nach außen ist die persönliche Sensibilisierung vor Ort entscheidend: Der Verbandsdirektor hat in einer Vielzahl von Gemeinden die Prognosen zur örtlichen demographischen Entwicklung vorgestellt und für Handlungsstrategien geworben. Um die externe Vernetzung zu gewährleisten, ist die Betreuerin des Modellvorhabens in Bündnissen und Arbeitskreisen aktiv und nimmt an Veranstaltungen anderer Vorhaben teil. Unterstützend wirkt, dass insbesondere das Kernthema Kinderbetreuung in den letzten Monaten landes- und bundesweit Beachtung gefunden hat und von verschiedenen Seiten befördert wird.

Die begonnenen und zum Teil bereits umgesetzten Maßnahmen sind Mittel zur Zielerreichung, erfüllen jedoch auch einen begrüßenswerten Selbstzweck, wie z.B. die Bemalungsaktion in der Tiefgarage in Untergruppenbach: Die Kinder wurden räumlich in den Mittelpunkt des Ortes gerückt und konnten darüber hinaus erkennen, dass sie sich mit Spaß bei der Gestaltung ihrer Kommune einbringen können.

Die Bearbeitung der Einzelvorhaben sowie die Beförderung des Modellvorhabens insgesamt erfordern die Mobilisierung personeller und finanzieller Ressourcen. Insbesondere die neu eingestellte Projektbetreuerin beim Regionalverband leistet hier wertvolle Arbeit – auch in der Unterstützung der Projektpartner, die bei der Projektumsetzung häufig an Grenzen stoßen. Dies zeigt, dass die Koordinations- und Unterstützungsleistung des Regionalverbandes unerlässlich ist und aufsuchend und aktivierend erfolgen muss. Zum Teil ist es gelungen, alternative Ressourcen zu aktivieren, wie z.B. beim Teilprojekt des Arbeitskreises „familienfreundliche Gemeinde Untergruppenbach“, in dessen Projektgestaltung engagierte Bürgerinnen und Bürger mit einbezogen und so neue personelle und finanzielle Ressourcen erschlossen werden konnten.

Transferleistung Modellvorhaben

Der Ansatz, verschiedene Gemeindetypen (Mittelzentrum, Gemeinde in der Randzone des Verdichtungsraums und Flächengemeinde im ländlichen Raum) für die Mitarbeit am Modellvorhaben zu gewinnen, erscheint Erfolg versprechend, um anderen Gemeinden „Identifikationsmöglichkeiten“ zu bieten und die Übertragbarkeit von Maßnahmen anzuregen. Das Interesse aus anderen Gemeinden steigt verständlicherweise mit dem Projektfortschritt an. Dort, wo schon konkrete Ergebnisse vorliegen (z.B. bei den Elternbefragungen), zeigt sich sowohl Interesse an der Methodik als auch an den einzelnen Ergebnissen und ihrer Übertragbarkeit.

Die Bemühungen verschiedenster Akteure in der Region zeigen inzwischen insofern Wirkung, als dass Kinder- und Familienfreundlichkeit von vielen Verantwortlichen als wichtiger Standortfaktor betrachtet und somit die Notwendigkeit erkannt wird, an wesentlichen Ursachen des demographischen Wandels anzusetzen. Der Komplexität des demographischen Wandels Rechnung tragende, umfassende kommunale, regionale oder unternehmensinterne Konzepte sind gleichwohl noch Einzelercheinungen.

Generationen- netzwerk – Modellplanung zur generations- übergreifenden Infrastruktur- entwicklung

Dr. Gerd Cassing

Projektträger

Gestaltung des
Generationenwandels
(Süd-niedersachsen)

Regionalverband
Süd-niedersachsen e.V.
Rüdiger Reyhn, Dr. Gerd Cassing
Barfüßerstraße 1
37073 Göttingen

0551 – 54 72 180 / 0551 – 54 72 813

info@regionalverband.de

Im Wettbewerb der Regionen ging es bisher vorrangig um die Gewinnung von Arbeitsplätzen. Angesichts schrumpfender demographischer Potenziale setzt in der Regionalpolitik eine verstärkte Werbung um Bevölkerung ein. Darauf gerichtetes Handeln konstituiert ein neues Politikfeld: „regionale Bevölkerungspolitik“. Dabei kann es sich interregional nur um ein Nullsummenspiel handeln. Es stellt sich somit die Frage, ob es andere Handlungsansätze zur solidarischen Gestaltung des demographischen Wandels auf regionaler Ebene gibt und ob sich daraus eine „nachhaltige regionale Bevölkerungspolitik“ formulieren lässt.

Die Bevölkerung in Süd-niedersachsen hat bereits heute ein solch hohes Durchschnittsalter, wie es bundesweit erst in 10 bis 15 Jahren vorhergesagt wird. Dies war mit ein Anlass für den Regionalverband Süd-niedersachsen, eine „**Generationsübergreifende Infrastrukturentwicklung**“ in den Fokus regionaler Strategien zu stellen. Die Region zwischen Harz und Weser umfasst die Landkreise Göttingen, Northeim, Holzminden und Osterode a.H. Oberzentrum für die ca. 580.000 Einwohner ist die Universitätsstadt Göttingen.

Die regionalen Auswirkungen des Generationenwandels

Bis zum Jahr 2020 wird das Durchschnittsalter in Süd-niedersachsen von 41,9 auf 44,9 Jahre steigen und die Einwohnerzahl um 12 % sinken. Zudem werden eklatante Verschiebungen der Generationenanteile und der Kreisanteile prognostiziert.

- Die jüngeren Generationen (bis 44 Jahre) werden um ein Viertel abnehmen; ihr Anteil an der Regionsbevölkerung sinkt von 57 auf 47 %. Die älteren Generationen (ab 45 Jahre) nehmen um 4 % zu; ihr Anteil steigt von 44 % auf 53 %. Der verstärkte Kernraum (Stadt und Landkreis Göttingen) hat dabei eine jüngere (Durchschnittsalter 42,7 Jahre) und weniger schwindende Bevölkerung (-5,2 %) zu erwarten.
- Die Zahl der Erwerbsfähigen (15- bis 59-Jährige) wird um 15 % abnehmen, bei einer Erhöhung des Anteils der Älteren von 31 auf 38 %. Die in den Arbeitsmarkt „einstiegende Generation“ der 15- bis 29-Jährigen wird in Süd-niedersachsen im Prognosezeitraum um 10 % abnehmen. Die „Leistungsträger-Generation“ der 30- bis 44-Jährigen wird sogar um ein Drittel kleiner. Die Generation der älteren Erwerbsfähigen (45 bis 59 Jahre) dagegen steigt um 4,5 %.

Diese Trends werden sich auf die Nachfrage am Wohnungs-, Arbeits- und Dienstleistungsmarkt in bisher nie gekannter Weise auswirken und die Raumentwicklung und Infrastrukturnutzung in gravierendem Maße beeinflussen. Das Modellvorhaben sieht die Zusammenhänge zwischen diesen Faktoren als „demographischen Regelkreis“ (vgl. Abbildung 1).

Daher wird die soziale Infrastruktur als zentrale „Stellschraube“ aufgefasst. Familiennahe Einrichtungen für Bildung, Freizeit und Gesundheit sind nicht nur „weiche Standortfaktoren“. Die infrastrukturelle Unterstützung von „Work-Life-Balance“ wird im Wettbewerb um jüngere Erwerbspersonen zum ausschlaggebenden Faktor.

Abbildung 1

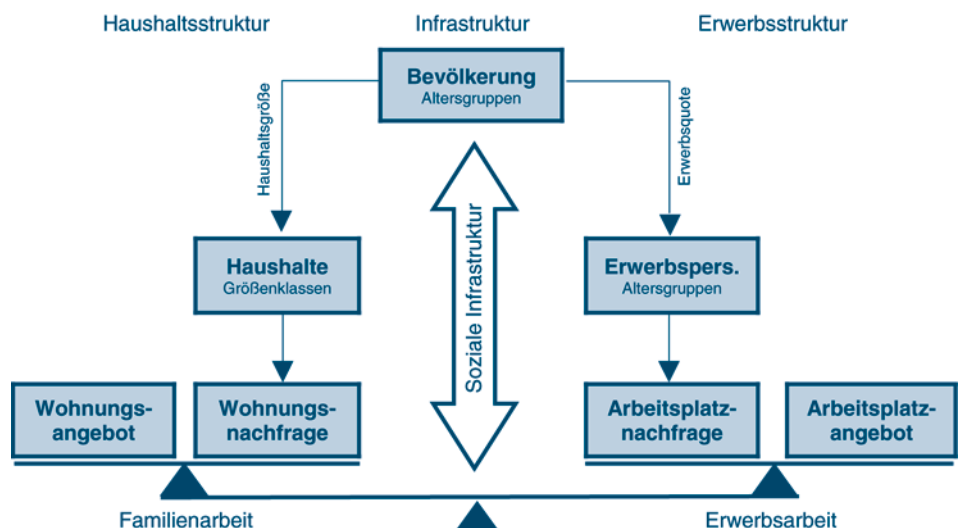
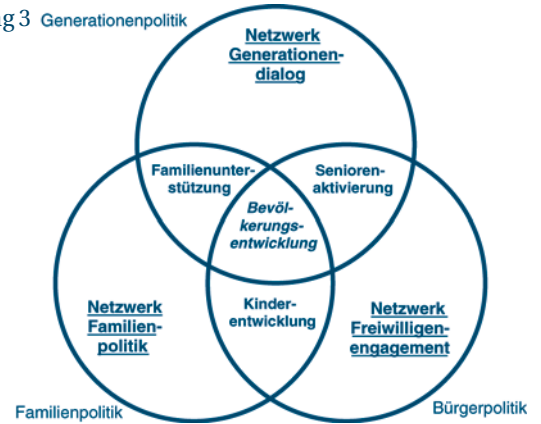


Abbildung 2



Abbildung 3 Generationenpolitik



Neue Modelle zum Zusammenhalt der Generationen

Hauptproblem des generativen Wandels in Südniedersachsen ist der drastische Rückgang der „Jungfamilien“ (30- bis 44-Jährige) um ein Drittel. Sie werden zum knappen Faktor der Regionalentwicklung. Durch die Doppelbelastung von Erwerbsarbeit und Familienarbeit wird diese „Sandwich-Generation“ (Borchers 2003) gesellschaftlich und wirtschaftlich überfordert. Der soziale Zusammenhalt zwischen den Generationen wird bedroht. Die schwindenden jüngeren Generationen müssen daher durch die wachsenden älteren Generationen entlastet und so muss ein neues solidarisches Gleichgewicht im Dialog entwickelt werden. Der intergenerative Leistungsaustausch kann am besten auf Gemeindeebene im Rahmen von Selbsthilfe- und Dienstleistungnetzwerken in sog. Familien-/Generationenzentren bzw. -agenturen organisiert werden. Vier Modellgemeinden erproben innovative Lösungsansätze nach der Methode moderierter Werkstätten („Aus bester Praxis lernen“):

- In einer jungen Gemeinde werden zur Entlastung berufstätiger Eltern Modelle zur Ausweitung der Kinderbetreuung entwickelt.
- In einem Mütterzentrum wird eine Aktion „Wunschgroßeltern“ zum Näherbringen der Generationen durchgeführt.
- In einer ländlichen Stadt wird über eine Moderatorinnenschulung die Methode „Erzählcafé als Generationendialog“ übertragen.

- Die beiden „ältesten“ Gemeinden haben sich zusammengetan, um ein „Netzwerk Ehrenamt“ zur Aktivierung von Seniorenengagement einzurichten.

Diese Ansätze laufen konzeptionell in dem Modell „**Familienzentrum**“ als **Vernetzungsagentur örtlicher Angebote der familienergänzenden Infrastruktur** zusammen. Die geläufigste Form sind „Mütterzentren“, von denen es z.Zt. ca. 400 in Deutschland gibt. Mütter- und Familienzentren zeichnen sich durch die flexible Verknüpfung von haupt-, neben- und ehrenamtlicher Arbeit aus. Sie bieten für alle Generationen Information, Begegnung, Betreuung, Vermittlung, Beratung und Fortbildung (vgl. Abbildung 2). Sie sind mit diesen Angeboten ein zukunftsweisendes Modell zur Förderung von „Work-Life-Balance“ in einer alternden und schrumpfenden Gesellschaft. Vom Land Niedersachsen werden Familienzentren als sog. „Mehrgenerationenhaus“ gefördert. Das erste Objekt in der Modellregion entsteht in der Stadt Uslar im Landkreis Northeim.

Neue Politikansätze zur nachhaltigen Generationenentwicklung

In den Projektwerkstätten der vier Modellgemeinden ist deutlich geworden, dass der demographische Wandel nicht ein einziges sektorales Politikfeld, sondern ein komplexes politisches Handlungsgeflecht anspricht. Die Gestaltung des Generationenwandels (z.B. Geburtenrate, Wanderungssaldo, Frauenerwerbsquote, Lebensarbeitszeit, Abhängigenquote, Senio-

renaktivität) ist eine neue gesellschaftliche Aufgabe und berührt vor allem die politischen Handlungsfelder Familienpolitik, Freiwilligenengagement und Generationendialog (vgl. Abbildung 3).

- „Nachhaltige Familienpolitik basiert auf dem Konsens, dass unsere Gesellschaft eine höhere Geburtenrate braucht, unsere Wirtschaft auf qualifizierte Arbeitskräfte und eine höhere Erwerbstätigkeit von Frauen angewiesen ist und unsere Kinder eine frühe Förderung, Bildung und Erziehung benötigen“ (Schmidt/Mohn 2004).
- „Bürgerschaftliches Engagement und Generationendialog sind gleichermaßen ressortübergreifend, beide müssen als Querschnittsaufgabe für eine demokratische Zivilgesellschaft gefördert werden. Beide gehören eng zusammen und beide haben eine ‚familiäre‘, traditionelle Seite, die es zu stützen und zu stärken gilt“ (www.generationendialog.de 2005).

Die Vernetzung dieser Handlungsansätze kann als „nachhaltige regionale Bevölkerungspolitik“ bezeichnet werden. Die Balance von Beruf und Familie wird dabei zum Schlüsselthema einer nachhaltigen Bevölkerungs- und Raumentwicklung. Die Einzelelemente dieses neuen Politikfeldes werden in den vier Landkreisen im Rahmen von regionalen Arbeitstagen diskutiert. Als Grundlage dienen die Ergebnisse einer Delphi-Befragung regionaler Experten, die sich als „Leitbild zur nachhaltigen Bevölkerungspolitik in Südniedersachsen“ interpretieren lassen.

Aufbau von dualen Netzwerkstrukturen für Senioren

Gero Wieschollek

Zukunft der Senioren
im Blick
(Neumarkt/Oberpfalz)

Projektträger

Landkreis Neumarkt i.d. OPf.
Regina GmbH
Uwe Krappitz, Gero Wieschollek
Dr.-Grundler-Straße 1
92318 Neumarkt i.d. OPf.

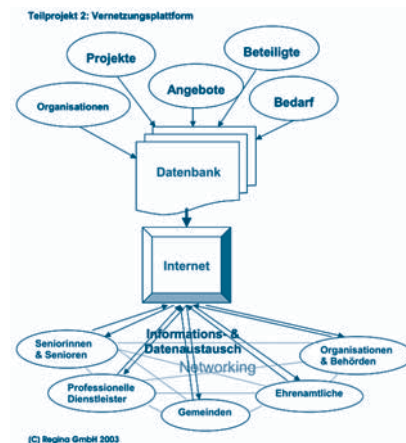
09181 – 90 76 66

wieschollek@regina-nm.de

Die zunehmende Alterung erfordert auch in der Region Neumarkt eine Anpassung der Infrastruktur sowie darüber hinaus die Orientierung der Regionalentwicklung auf Senioren. Die Frage der Versorgung der Seniorinnen und Senioren im ländlichen Raum bedarf genauer Kenntnisse und Analysen unter Berücksichtigung kommunaler Besonderheiten. Die Sicherung der Zukunftsfähigkeit des ländlichen Raumes macht es notwendig, den Menschen eine attraktive Infrastruktur zur Verfügung zu stellen. Dies gilt sowohl für die Jungen als auch für die Alten. Der Aufbau von dualen Netzwerkstrukturen für Senioren ist somit ein erster Ansatzpunkt zu einer Gestaltung des demographischen Wandels und zur Verwirklichung einer nachhaltigen Regionalentwicklung. Er knüpft an die Tradition im ländlichen Raum im Städtedreieck Nürnberg, Regensburg und Ingolstadt an, neue Wege der Regionalentwicklung zu beschreiten.

Netzwerkaufbau und Leitbildentwicklung

Zum einen wird ein regionales Seniorennetzwerk aufgebaut und parallel ein Leitbild entwickelt. Letzteres wird das vorhandene „Leitbild und Aktionsprogramm Agenda 21“ des Landkreises Neumarkt ergänzen und die Entwicklungsrichtung für die Zukunft aufzeigen. Mit einem Aktions- und Maßnahmenprogramm wird das Leitbild mit Leben gefüllt. Nur dann kann es seine Funktion als Entwicklungsrichtung für die nächsten Jahre erfüllen. Die bisherigen Workshops und Expertengespräche haben gezeigt, dass bei den Initiativen und Organisa-



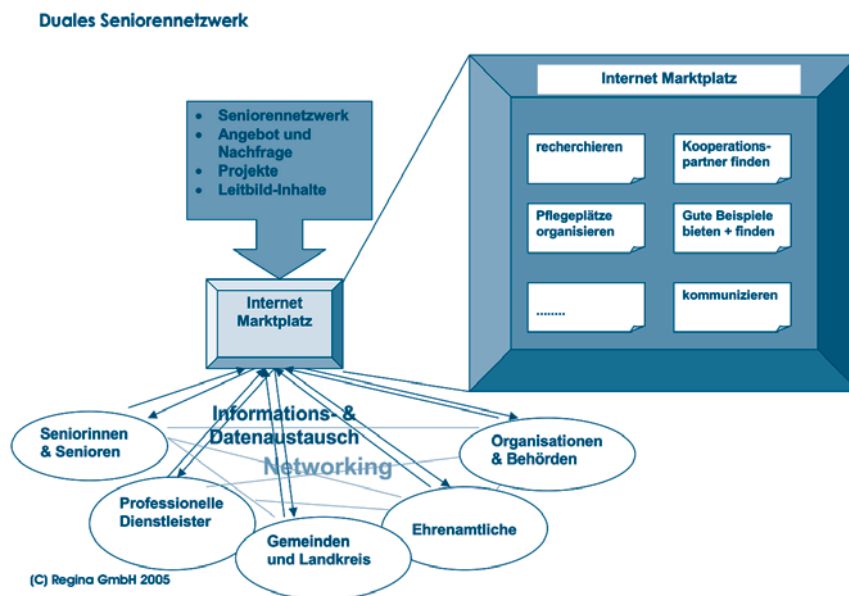
tionen ein großer Bedarf nach Kooperation und einer Austauschplattform besteht. Inhaltlich stehen u.a. die Fragen der (verkehrstechnischen) Mobilität der Senioren (im ländlichen Raum), der Aktivierung der „jungen Alten“ und eine bessere Verzahnung von Ehrenamt und professionellen Akteuren im Vordergrund.

Im Netzwerk werden die Seniorinnen und Senioren ebenso vertreten sein wie ehrenamtliche und professionelle Institutionen und Organisationen, die in der Seniorenarbeit tätig sind. Die von der Regina GmbH moderierten Vernetzungstreffen der Seniorenbeauftragten werden auf Wunsch der Teilnehmer zu einer regelmäßigen Einrichtung werden. Auch wird demnächst das erfolgreiche Projekt „Nachbarschaftshilfe“ einem breiten Kreis publik gemacht und Unterstützung dazu angeboten.

Was heißt „dual“?

Ein zweites Element des Projektes ist die Erstellung eines „virtuellen“ **Netzwerkes**: Das Internet soll genutzt werden, um den Beteiligten die Möglichkeit zu geben, ihre Bedürfnisse, Ideen oder Projekte öffentlich zu machen und Partner zu finden. Die technischen Möglichkeiten erschöpfen sich jedoch nicht in einer reinen Darstellung der Aktivitäten, sondern sollen allen Beteiligten die Möglichkeit geben, nach Art eines Marktplatzes eigene Bedürfnisse anzumelden oder Angebote zu machen. Dies könnte die Fortbildung per Internet ebenso sein wie ein Pflegeplatzmanagement oder das Angebot von Dienstleistungen. Damit werden interessierten Seniorinnen und Senioren Anreize geboten, die modernen Kommunikationsinstrumente interaktiv zu nutzen. Gleichzeitig wird den anderen regionalen Akteuren der Seniorenarbeit ein Hilfsmittel für ihre Aufgabenbereiche zur Seite gestellt. Dieser zweite Projektschnitt wird erst nach der Leitbildentwicklung begonnen, deren Ergebnisse die Basis für die angestrebte Internet-Plattform bilden.

Die **Vernetzung auf zwei Ebenen** – der „realen“ mit Menschen und der „virtuellen“ mit dem Computer – wird als „dual“ bezeichnet. Das reale Netzwerk ist dabei der menschliche und inhaltliche Schwerpunkt. Dies ist wichtig, um nicht losgelöst von den Bedürfnissen der Betroffenen eine „schicke“ Projekt-Homepage zu erstellen, sondern Inhalte zu kommunizieren. Das virtuelle Netzwerk wird aber als aktuelles und praktisches Werkzeug das reale Netzwerk in seiner Arbeit



unterstützen und ergänzen. Es hat sich gezeigt, dass die Kenntnis z.B. über gute Beispiele, Ansprechpartner oder Initiativen oft nur sektoral besteht. Mit dieser Betrachtungsweise wird das Potenzial der Kooperation unterschiedlicher Akteure in verschiedenen Handlungsfeldern nicht genutzt. Gerade der demographische Wandel ist jedoch ein Thema, dem man mit eindimensionaler Betrachtung nicht gerecht wird.

Untersuchung kommunaler Versorgungsstrukturen

Der dritte Teilbereich des Projektes befasst sich schließlich modellhaft mit der wissenschaftlichen Untersuchung einer „Kommunalen Nahversorgung“ in zwei Gemeinden des Landkreises. Dabei ist nicht nur an die klassische Nahversorgung mit Geschäften ge-

dacht, sondern auch an Dienstleistungen und Pflegeeinrichtungen. In Zusammenarbeit mit dem Sozialwissenschaftlichen Institut für Regionalentwicklung (SIREG) und der Universität Regensburg sollen auf Basis von Analysen und Erhebungen Vorschläge für eine bessere Versorgung erarbeitet werden.

Bisher hat sich herausgestellt, dass die Situation von Senioren und Seniorinnen außerhalb der größeren Orte in den beiden Gemeindegebieten im Hinblick auf Versorgung, Mobilität, Erreichbarkeit und familiäre Kontakte schlechter ist als in den Gemeindezentren. Die Überalterung im Außenbereich der größeren Ortschaften ist höher als im Innenbereich. Aus diesem Grund ist angesichts der zukünftigen Entwicklung des Außenbereichs mit zusätzlichem Handlungsbedarf zu

rechnen, vor allem in den Problemfeldern Leerstand, Siedlungsentwicklung und Nachnutzung alter Bausubstanz.

Ein erstes Fazit

Der Bottom-up-Ansatz mit Beteiligung von Bürgern, Firmen und Institutionen hat in der Region Neumarkt bereits eine gewisse Tradition; so wurden in der Vergangenheit daraus verschiedene erfolgreiche Projekte entwickelt. Gerade im Seniorenbereich zeigt sich wie wichtig es ist, die Erfahrungen der Beteiligten zu erfassen und die genauen Bedarfe der Betroffenen zu klären. Nur so können zielgenaue Maßnahmen und Programme konzipiert und umgesetzt werden. Dies ist im Übrigen nicht immer eine Geldfrage, sondern oft auch eine Frage der Information und Koordination.

Die „menschliche“ Netzwerkkomponente wird in der dualen Struktur um eine „technische“ ergänzt. Mit der Nutzung des Internet wird eine zeitgemäße Form der Darstellung und Kommunikation genutzt. Zum einen ist es ein Alltagswerkzeug, auf das – zumindest beruflich – jeder zugreift, zum anderen sind gerade bei den Senioren die Zuwachsraten der Internetanbindung und -nutzung mit am höchsten, wie aktuelle Studien belegen. Angesichts der steigenden Zahl internetkompetenter Senioren wird somit ein zukunftsweisendes Instrument etabliert.

Effiziente Infrastruktur- anpassung im ländlichen Raum

Prof. Dr. Rainer Winkel

Potenzialanalyse als
Grundlage zukünftiger
Handlungserfordernisse
(Lommatzscher Pflege)

Projektforschung

TU Dresden
Institut für Städtebau und
Regionalplanung
Prof. Dr. Rainer Winkel
Mommensenstraße 13
011876 Dresden

0351 – 46 33 40 65

rainer.winkel@t-online.de

In den ländlichen peripheren Räumen Ostdeutschlands bestehen besondere Herausforderungen und Anpassungsnotwendigkeiten bei der Infrastruktur. Stellvertretend für diesen Raumtyp steht die Region Lommatzscher Pflege nördlich von Dresden. Dort leben etwa 32.300 Einwohner, die sich auf 233 Ortsteile verteilen: eine Kleinstadt sowie im Übrigen Dörfer, die in zehn Kommunen zusammengefasst sind. Trotz der Zuständigkeit für die Gemeinden durch drei Landkreise und zwei Regierungspräsidien ist der Zusammenhalt und die Gemeinsamkeit hoch, was auch durch den **Förderverein für Heimat und Kultur in der Lommatzscher Pflege**, dem sämtliche Kommunen angehören, zum Ausdruck kommt. Der Förderverein ist Träger des Modellvorhabens.



Zukünftig muss in der Lommatzscher Pflege mit größeren demographischen Veränderungen gerechnet werden: Die Bevölkerung wird bis 2010 um etwa 8 %, bis 2020 um 16 % bis 18 % und bis 2030 um 19 % bis 28 % zurückgehen. Gleichzeitig geht die Anzahl der jungen Einwohner stark, die der Altersgruppe der Jugendlichen sogar sehr stark zurück – einzelne Jahrgänge schrumpfen bis 2010 um fast zwei Drittel –, und die Anzahl der Älteren nimmt zu. Besonders hoch ist der An-

stieg der 80- bis 85-jährigen Personen, extrem hoch der Anstieg der Personen, die 85 und mehr Jahre zählen.

Die Herausforderung für die Region besteht darin, durch eine **Umstrukturierung und Weiterentwicklung der bestehenden Infrastruktureinrichtungen** insbesondere durch interkommunale Kooperation auch zukünftig ein effizientes, tragfähiges und nutzerfreundliches Angebot der sozialen, kulturellen und technischen Infrastruktur vorzuhalten.

Die Ergebnisse der Potenzialanalyse für das im Sommer 2004 gestartete Modellvorhaben lassen **unterschiedliche Handlungsanforderungen** für einzelne Infrastrukturbereiche deutlich werden:

1. Ein auf die gesamte Region bezogen durchaus guter Versorgungsgrad, allerdings mit zum Teil gravierenden **Erreichbarkeitsproblemen** aufgrund der schlechten ÖPNV-Anbindung: Dies betrifft die Sport-, Freizeit- und Kultureinrichtungen, die Jugendclubs sowie (derzeit noch) die Einrichtungen für Kinder (Krippen, Kindergärten und Horte). Trotz der guten Ausstattung mit Jugendclubs wird infolge der Vielzahl der Ortsteile nur ein kleiner Teil der Jugendlichen versorgt. Das Freizeit- und Kulturangebot ist ausgesprochen knapp und beschränkt sich weitgehend auf diverse Vereinsaktivitäten. Auch die Schulstandorte sind nach einer bereits erfolgten Reduzierung des Standortnetzes zwar derzeit vergleichsweise stabil, müssen jedoch an die längerfristige Entwicklung angepasst werden.

2. **Auslastungsprobleme aufgrund der Alterung:** Der **Rückgang der Kinderzahlen** wird ab 2010, stärker noch ab 2020 insbesondere die altersabhängigen Infrastruktureinrichtungen wie Kinder- und Jugendeinrichtungen, Schulen sowie den ÖPNV (Schülerverkehr) betreffen. Auch der Vereinssport wird Nachwuchsprobleme bekommen (vgl. 3). Die Zunahme älterer Menschen führt zu Problemen bei der **Seniorenversorgung**: Bislang bestehen kaum altengerechte Wohnungen, keine Angebote im betreutem Wohnen, bereits zu geringe Kapazitäten in Pflegeheimen und ein nur sehr begrenztes Angebot für die Seniorenfreizeit. Dies signalisiert angesichts des Anstiegs der Hochbetagten und der rückläufigen Entwicklung familiärer Hilfeleistungen Handlungsbedarf. Das Angebot an ambulanten Diensten wird hingegen bislang ausreichend von gemeinnützigen, kirchlichen und privatwirtschaftlichen Trägern erbracht, die ihre Leistungen entsprechend der zukünftigen Bedarfszunahme ausweiten werden.

3. **Veränderungen der Nachfragestruktur aufgrund der Gleichzeitigkeit von Bevölkerungsabnahme und Alterung:** Mit dem Rückgang der Jungen geht das Potenzial für den Schul- und den Leistungssport zurück. Dieser Rückgang und die zunehmende Alterung bewirken zugleich einen Mitgliederschwund in den Vereinen und gefährden deren Fortbestand. Bei derzeit bereits defizitärer Situation der **Gesundheitsversorgung**, insbesondere der ärztlichen Versorgung, ergeben sich



zukünftig zwei Trends: Infolge des Bevölkerungsrückgangs sinkt die Zahl der Personen, die es medizinisch zu versorgen gilt. Gleichzeitig zeichnen sich aufgrund der Zunahme hochbetagter Personen und des eingeschränkten ÖPNV-Angebotes erhebliche Zukunftsprobleme ab, zumal durch die steigende Zahl der Senioren die Krankheitshäufigkeit und -intensität steigt, so dass trotz des Bevölkerungsrückgangs nicht von einem Rückgang des medizinischen Versorgungsbedarfes ausgegangen werden kann.

4. Typische **Versorgungsengpässe und Standortschließungen im ländlichen Raum**, die sich durch den demographischen Wandel weiter verschärfen: Das Angebot in **Einzelhandel und Gastronomie** ist mit knapp 170 Einzelhändlern und 56 Gaststätten ausgesprochen knapp. Die Versorgung mit Fachgeschäften wird im Wesentlichen durch die Zentren im Umland geleistet. Mehr als 200 Ortsteile bzw. Dörfer verfügen über keinen Lebensmittelhandel, mobile Angebote gibt es bislang nur in Teilgebieten. Die Qualität der Einzelhandelsversorgung hängt für den Großteil der Haushalte von der Verfügbarkeit eines eigenen Fahrzeuges ab. Die demographische Entwicklung könnte bis 2010 zu einem Kaufkraftschwund von etwa 10 %, bis 2020 sogar von 20 bis 25 % bewirken, was eine weitere Ausdünnung der Angebote zur Folge haben wird. Gleiches gilt für die **haushaltsorientierten Dienstleistungen**: Die Ausstattung ist alarmierend defizitär, nur noch sechs Kommunen sind mit einer Post oder privat betriebe-

nen Postagentur ausgestattet. Geldinstitute und Geldautomaten befinden sich nur noch an fünf Standorten. Der Bevölkerungsrückgang wird zu weiteren Auslastungsproblemen führen, was angesichts des steigenden Seniorenanteils und des ohnehin bereits defizitären ÖPNV-Angebots ein gravierendes Problem darstellt.

5. **Tragfähigkeit der technischen Infrastruktur**: Von den 233 Ortteilen werden derzeit bereits mehr als ein Viertel nicht vom ÖPNV angefahren (auch Schulbusverkehr), die Taktzeiten sind im Innenbereich der Lommatzscher Pflege stark eingeschränkt (v.a. abends und am Wochenende). Der Pkw ist das tragende Verkehrsmittel, um Mobilität und Erreichbarkeit zu gewährleisten. Dies schränkt vor allem die Lebensqualität der Senioren ein, die in Ostdeutschland im Gegensatz zu Westdeutschland häufig weder über einen Führerschein noch über ein eigenes Fahrzeug verfügen, und für die unmotorisierten Jugendlichen, insbesondere die 12- bis unter 16-Jährigen. Das dichte **Straßennetz** hat erheblichen Bedarf bei Ausbau und Sanierung. Aufgrund der Finanzknappheit der Kommunen reichen die Unterhaltungsaufwendungen bei weitem nicht aus, so dass der Straßenzustand zunehmend marode wird. Infolge der rückläufigen Entwicklung der Steuerzahler wird sich diese Erscheinung verschärfen. Die **Trinkwasserversorgung** durch einen kommunalen Trinkwasserzweckverband ist derzeit gut; bis 2006 ist das gesamte Gebiet der Lommatzscher Pflege an zentrale

Trinkwasserversorgungsanlagen angeschlossen. Wesentliches Problem ist die Sollaustlastung gemäß DIN-Norm, die bereits heute um 17 bis mehr als 40 % unterschritten wird. Auch bei der **Abwasserentsorgung** zeigen sich Auslastungsprobleme; die Anlagen sind durchweg überdimensioniert (z. T. mussten Sammler gespült werden). Diese Problematik wird mit fortschreitendem Zeitverlauf zunehmen. Hinzu kommen Gebührenerhöhungen, erheblicher Sanierungsbedarf und infolge der Unterauslastung Funktionsstörungen.

Ausblick

Die Ergebnisse der Potenzialanalyse sprechen bereits heute für einen merklichen bis hohen Handlungsbedarf in etlichen Bereichen der Infrastrukturversorgung. Durch die demographischen Veränderungen wird in nahezu sämtlichen untersuchten Bereichen Handlungsdruck entstehen bzw. stärker anwachsen, wenn die Entwicklung wie bisher weiterverläuft und die bisherigen Versorgungskonzepte keine Änderungen erfahren. Entsprechend sind – je nach Handlungsanforderung – effiziente und integrierte Lösungen zur Sicherung und Weiterentwicklung der Versorgung unter den zukünftigen Bedingungen zu erarbeiten.

Ausblick

Vorankündigung

2. MORO-Fachtagung
am 29.11.2005 in Erfurt:
Infrastruktur mit Zukunft

Als Forum für die Präsentation und Diskussion der in den Modellvorhaben der Raumordnung (MORO) entwickelten Handlungsansätze sowie zur Vermittlung bundespolitischer Einschätzungen und Positionen findet jährlich eine größere öffentliche Fachtagung statt. Ging es bei der ersten Fachtagung 2004 in Göttingen um das Thema „Flächeninanspruchnahme vermindern – nachhaltige Siedlungsentwicklung fördern“, soll 2005 die Frage im Mittelpunkt stehen, wieviel Infrastruktur wir uns unter den Bedingungen des demographischen Wandels morgen noch leisten können.

Die Bevölkerungsabnahme führt vor allem in dünn besiedelten ländlichen Regionen zu generellen Tragfähigkeitsproblemen (soziale und kulturelle Infrastruktur, Handel und Dienstleistungen, ÖPNV). Aber nicht nur dort: Der rasche gesellschaftliche Alterungsprozess erfordert praktisch in allen Regionen Anpassungsleistungen im Bereich der Infrastrukturversorgung. Die hohen Sanierungsbedarfe und die Situation der öffentlichen Haushalte grenzen dabei die Gestaltungsspielräume ein.

Generell geht es um die Frage, ob die Herstellung gleichwertiger Lebensbedingungen – so wie wir sie heute definieren – noch Ziel der Raumentwicklungspolitik bleiben kann. In Erfurt sollen die Konsequenzen aus dem Sanierungs- und Anpassungsbedarf –

vor dem Hintergrund notwendiger Kosteneinsparungen – erörtert werden. Können nicht durch alternative Angebotsformen, z.B. durch private Anbieter oder in Selbsthilfe, infrastrukturelle Versorgungsaufgaben in der Region effizienter wahrgenommen werden? Zwingen nicht gerade Infrastrukturfolgekosten zu einer nachhaltigeren flächensparenderen Siedlungsentwicklung? Wie kann perspektivisch unter diesen neuen Randbedingungen ein System Zentraler Orte aussehen, und wie und auf welchem Niveau sichern wir gerade in gering verdichteten Gebieten die Mindestversorgung?

Sie sind herzlich eingeladen, diese Fragen in Erfurt mit uns zu diskutieren.

Regionalplanerische Handlungsansätze zur Gewährleistung der öffentlichen Daseinsvorsorge – Ein neues MORO

Mit ihrem Beschluss „Sicherung und Weiterentwicklung der öffentlichen Daseinsvorsorge vor dem Hintergrund des demographischen Wandels“ vom 4. April 2005 fordert die Ministerkonferenz für Raumordnung (MKRO) insbesondere die Regionalplanung auf,

- eine bedarfsgerechte öffentliche Infrastrukturversorgung in regionalen Planungsräumen sicherzustellen, fortzuentwickeln und die notwendigen Anpassungen herbeizuführen;
- die Effektivität ihrer Instrumente zu erhöhen und notwendigen Kosteneinsparungen verstärkt Rechnung zu tragen;
- bei der infrastrukturellen Leistungserstellung verstärkt neue Finanzierungs- und organisatorische Modelle zu berücksichtigen;
- Mindeststandards der Versorgung im Zusammenhang mit veränderten Einzugsbereichen zu überprüfen und ggf. neu festzulegen;
- die Erreichbarkeit von Infrastrukturangeboten – insbesondere für wenig mobile, ältere Bevölkerungsgruppen – zu sichern.

Um die Raumordnungspraxis bei der Bewältigung dieser Herausforderungen aktiv zu unterstützen, beabsichtigen BMVBW und BBR, ein Modellvorhaben der Raumordnung zum Thema „Regionalplanerische Handlungsansätze zur Gewährleistung der öffentlichen Daseinsvorsorge“ durchzuführen.

Aufgabenstellung des neuen MORO

Für zwei Planungsregionen sollen integrierte Anpassungskonzepte zur regionalen Gewährleistung der öffentlichen Daseinsvorsorge erarbeitet werden. Berücksichtigt werden sollen wohl soziale als auch technische Einrichtungen der Daseinsvorsorge.

Grundsätzlich werden allerdings nur für jene Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge Anpassungsmaßnahmen abgeleitet, die besonders sensibel auf eine Abnahme der Bevölkerung und/oder eine Veränderung der Bevölkerungszusammensetzung reagieren. Richtschnur für die regionalen Anpassungskonzepte soll das Zentrale-Orte-Konzept sein.

Ansprechpartner für das neue MORO-Vorhaben „Regionalplanerische Handlungsansätze zur Gewährleistung der öffentlichen Daseinsvorsorge“ im BBR sind:

Klaus Einig

Tel.: 018 88 – 401 23 03

E-Mail: klaus.einig@bbr.bund.de

Martin Spangenberg

Tel.: 018 88 – 401 22 35

E-Mail: martin.spangenberg@bbr.bund.de

Das Modellvorhaben wird den regionalen Anpassungsprozess sowohl methodisch-konzeptionell wie moderierend begleiten. Die methodisch-konzeptionellen Ergebnisse und die Resultate des kooperativen Anpassungsprozesses sollen nach Möglichkeit in eine regionale Zielvereinbarung und in den Entwurf des Regionalplans einfließen.

Wer sind die Adressaten?

Das Modellvorhaben richtet sich an Regionalplanungsträger, die mit der Fortschreibung oder Neuaufstellung ihres Regionalplans beginnen wollen oder bereits begonnen haben und den Themenbereich öffentliche Daseinsvorsorge ausgeweitet und vertieft behandeln möchten, unter besonderer Berücksichtigung des demographischen Wandels. Zur Unterstützung der ausgewählten Modellregionen wird vom BBR eine Begleitforschung beauftragt. Regionale Planungsträger und Begleitforschung sollen in enger Zusammenarbeit integrierte Anpassungskonzepte zur regionalen Gewährleistung der öffentlichen Daseinsvorsorge und zur Weiterentwicklung von Konzepten der Zentralen Orte erarbeiten.

Welche Ergebnisse werden erwartet?

Das MORO ist umsetzungsorientiert ausgerichtet. Es werden folgende praxisrelevante Themen behandelt:

Bestandsaufnahme und Bevölkerungsprognose: Ausgangspunkt des Modellvorhabens ist die Prognose der zukünftigen Bevölkerungsentwicklung in der Region und die Abschätzung der demographischen Folgen für die Aus-

lastung und den weiteren Bedarf von Leistungen öffentlicher Daseinsvorsorge.

Kostendimensionierung und Folgenabschätzung: Auf der Basis der prognostizierten demographischen Entwicklung gilt es, die Veränderungen des Versorgungsgrades der Bevölkerungen in den Planungsregionen zu bestimmen und die künftig zu erwartenden Infrastrukturversorgungsdefizite und -überhänge abzuschätzen. Ohne Kenntnis der zukünftigen Nachfrage für bestehende Leistungen öffentlicher Daseinsvorsorge und des Auslastungsgrades öffentlicher Einrichtungen lassen sich keine effizienten und kostengünstigen Konzepte für die künftige Gestaltung des Angebotes ableiten.

Kooperative Erarbeitung alternativer Anpassungsstrategien: In jeder Region sind verschiedene Angebots-szenarien sowohl bezüglich ihrer Auswirkungen auf die Versorgung der Bevölkerung als auch auf die Kostenentwicklung zu untersuchen. Da die Raumordnung das Angebot von Leistungen öffentlicher Daseinsvorsorge weitgehend über das Instrument der zentralen Orte koordiniert, gilt es dieses Instrument entsprechend den veränderten demographischen Bedingungen weiterzuentwickeln. Beim Entwurf regionaler Anpassungsstrategien sind die relevanten Akteure im Kooperationsraum einzubeziehen. In der Region werden nicht nur neue Finanzierungs- und organisatorische Modelle berücksichtigt, sondern auch Mindeststandards der Versorgung im Zusammenhang mit veränderten Einzugsbereichen überprüft. Die Folgen

alternativer Anpassungsstrategien werden mittels eines Erreichbarkeitsmodells ermittelt. Berücksichtigt man die Erreichbarkeitsverhältnisse innerhalb der Versorgungsbereiche von Einrichtungen, können verschiedene Anpassungsstrategien in Bezug auf die Verbesserung oder Verschlechterung der Erreichbarkeitsverhältnisse von Leistungen der Daseinsvorsorge beurteilt werden.

Zielvereinbarung und Regionalplan: Die Ergebnisse der Analysen und des kooperativen Anpassungsprozesses sollen nach Möglichkeit in eine regionale Zielvereinbarung über die anzustrebende Anpassung der Leistungen öffentlicher Daseinsvorsorge einfließen. Zentrale Ergebnisse des Modellvorhabens – wie die vereinbarten konkreten Ziele und Maßnahmen – gilt es in den Entwurf des Regionalplans zu überführen.

Ergebnistransfer

Die im Modellvorhaben entwickelte Methodik und die durch die Regionalplanung gemachten Erfahrungen mit der kooperativen Gestaltung des regionalen Anpassungsprozesses von Leistungen öffentlicher Daseinsvorsorge werden in einer öffentlichen Tagung vorgestellt. Durch die geplante ausführliche Dokumentation in einem Leitfaden sollen die Lösungsansätze und Planungsmethoden breiteren Kreisen zugänglich gemacht werden.

Mit dem Beginn des Projektes ist im Herbst dieses Jahres zu rechnen.

Begleitforschung

Bundesamt für Bauwesen
und Raumordnung
Deichmanns Aue 31–37
53179 Bonn

Dr. Hans-Peter Gatzweiler

Tel.: (0 18 88) 401–22 77

Fax: (0 18 88) 401–23 15

hans-peter.gatzweiler@bbr.bund.de

www.bbr.bund.de

im Projektteam mit

Eckhard Bergmann

Referat I 5 – Verkehr und Umwelt

Tel.: (0 18 88) 401–23 40

Fax: (0 18 88) 401–22 60

eckhard.bergmann@bbr.bund.de

Klaus Einig

Referat I 1 – Raumentwicklung

Tel.: (0 18 88) 401–23 03

Fax: (0 18 88) 401–23 56

klaus.einig@bbr.bund.de

Dr. Peter Jakubowski

Referat I 5 – Verkehr und Umwelt

Tel.: (0 18 88) 401–22 43

Fax: (0 18 88) 401–22 60

peter.jakubowski@bbr.bund.de

Martina Kocks

Referat I 4 – Regionale Struktur-
politik und Städtebauförderung

Tel.: (0 18 88) 401–23 21

Fax: (0 18 88) 401–23 46

martina.kocks@bbr.bund.de

Martin Spangenberg

Referat I 1 – Raumentwicklung

Tel.: (0 18 88) 401–22 35

Fax: (0 18 88) 401–23 56

martin.spangenberg@bbr.bund.de

Das Bundesamt für Bauwesen und
Raumordnung ist eine Bundesober-
behörde im Geschäftsbereich des
Bundesministeriums für Verkehr,
Bau- und Wohnungswesen
(BMVBS).

Forschungsassistentz

CONVENT Planung und Beratung
GmbH

Haubachstraße 74

22765 Hamburg

Tel.: (0 40) 38 99 64–0

Fax: (0 40) 38 61 28 72

Projektleitung:

Dipl.-Geogr. Klaus Mensing

Tel.: (0 40) 38 99 64–13

mensing@convent-hamburg.de

Projektmitarbeit:

Dipl.-Geogr. Thomas Fischer

Tel.: (0 40) 38 99 64–15

fischer@convent-hamburg.de

Projektassistentz:

Anette Kretzer, M.A.

Tel.: (0 40) 38 99 64–11

kretzer@convent-hamburg.de

**Herausgeber, Herstellung,
Selbstverlag und Vertrieb**

Bundesamt für Bauwesen und
Raumordnung

Schriftleitung

Prof. Dr. Wendelin Strubelt

Dr. Hans-Peter Gatzweiler

Dr. Robert Kaltenbrunner

Bearbeitung

BBR: Dr. Hans-Peter Gatzweiler

CONVENT: Klaus Mensing

Bildnachweis

Abbildungen aus den Modell-
regionen

Druck

DCM Druck Center Meckenheim
GmbH & Co. KG

Zitierweise

Bundesamt für Bauwesen und
Raumordnung (Hrsg.):

MORO-Informationen „Innovative
Projekte zur Regionalentwicklung“,
Nr. 1/2 – 06/2005

Nachdruck nur mit genauer Quellen-
angabe gestattet. Es wird um Zusen-
dung von zwei Belegexemplaren
gebeten.

Alle Rechte vorbehalten.

© BBR Bonn 2005